



AKSB-Bericht 2009 Vorstand und Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

1. Trends in der politischen Bildung	3-6
Politische Ebene Profession politische Bildung Wertebezug politischer Bildung und Konvention der AKSB	
2. Die AKSB als Netzwerk – BZA	7-17
Struktur Themen und Inhalte der BZA Arbeit und Arbeitsgesellschaft Migration und Integration Demokratiepraxis, Partizipation Werte Nationalsozialismus – historisch-politische Bildung Europa Schwerpunkt: Arbeit mit Schülervertretungen Gender Mainstreaming Erreichte Zielgruppen der BZA Methodisches Vorgehen und Didaktische Umsetzung Schlussfolgerungen und Perspektiven	
3. AKSB-Projektarbeit	18-20
Projekt European InfoNet Adult Education Projekt Kooperation mit Bundeswehr und Militärseelsorge Projekt Kooperation mit der Polizei- und Bundespolizeiseelsorge SV-Projekt Weitere Projektüberlegungen	
4. Kooperationen	21-23
BAP – GEMINI Zusammenarbeit in der katholischen Kirche Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung Deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch (DPJW) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	
5. AKSB-Vorstand und AKSB-Geschäftsstelle	24-30
Arbeit des AKSB-Vorstands Aufgaben der AKSB-Geschäftsstelle	
6. Anlagen / Impressum	31-40
Vorstand der AKSB Geschäftsstelle der AKSB AKSB-Infrastrukturstellen 2009 Mitglieder der AKSB Termine der AKSB im Jahr 2009 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB Zuwendungen für politische Bildung 2008/2009 Neue AKSB-Publikationen 2009 Impressum Bildnachweis Entwicklung der Fördermittel seit 1990 Kurse/Fördertage/Teilnehmende/Teilnahmetage - 2008 Termine	



Mit diesem Text legen Vorstand und Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) Rechenschaft über die Aktivitäten des Jahres 2009 ab. Der AKSB Bericht 2009 dient neben der Information der Verbandsgremien auch zur Information der interessierten Fachöffentlichkeit.

Als katholische Fachorganisation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung hat die AKSB in diesem Jahr an der Fortschreibung ihrer „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Bildung“ gearbeitet. Drei Themengebiete wurden besonders in den Blick genommen und für die weitere Arbeitsplanung aufbereitet: Politische Bildung und Demokratie, globale Lebenswelten sowie sozioethische Grundlegungen (Grundsätze der Solidarität).

Gleichzeitig wurden erfolgreich die grundsätzlichen Aufgaben des Netzwerkes von katholischen Bildungsträgern verfolgt: Erfahrungsaustausch über und Weiterentwicklung von Bildungskonzepten, Lobbyarbeit für politische Bildung sowie Vermittlung öffentlicher Zuwendungen.

Wie aktuell die Tätigkeitsfelder der AKSB sind, wird an zwei Beispielen sichtbar:

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch erklärt anlässlich des 60. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes: „Es gelte für die Bestimmungen des Grundgesetzes die richtige Anwendung auf die Fragen unserer Zeit“ zu finden. Die Werteordnung des Grundgesetzes, die in „besonderer Weise dem christlichen Menschenbild“ entspreche, müsse jeden Tag „neu mit Leben“ erfüllt werden.

Im Koalitionsvertrag scheint die neue Bundesregierung dies aufzugreifen, wenn sie die Förderung des Zusammenhalts als Aufgabe von Politik und Staat beschreibt und fordert, „dass Menschen nicht von gesellschaftlicher Teilhabe und der gesellschaftlichen Wertegrundlage abgehängt werden.“

Wir danken allen, die uns unterstützen und mit uns einen Beitrag zum Gelingen unserer Gesellschaft leisten.

Dr. Alois Becker
AKSB-Vorsitzender

Lothar Harles
AKSB-Geschäftsführer

>>> 1. Trends in der politischen Bildung

1.1 Politische Ebene

Entwicklungen zur politischen Bildung im Jahr 2009 lassen sich unter verschiedenen Gesichtspunkten beschreiben. Zu nennen sind die politischen Ebenen, auf denen Politik in Bezug auf politische Bildung gemacht wird: Auf kommunaler Ebene, in den Bundesländern, auf Bundesebene, in der Europäischen Union und dem Europarat sowie im Kontext von UNESCO und UNO. Für die bundesweit und international tätige katholische Fachorganisation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) sind vor allem die nationale und europäische Ebene von Bedeutung.

Aus dem Deutschen Bundestag sind besonders der Antrag „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“ und die Beratungen im „Unterausschuss bürgerschaftliches Engagement“ zu nennen. Auch wenn es dem Ausschuss vorrangig darum geht, die rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu verbessern, ist es für dieses Politikfeld langfristig von Bedeutung, dass es im Bundestag strukturell verankert ist.

Aus der Exekutive gibt es in verschiedenen Ministerien Ansatzpunkte: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) setzt in der Jugendpolitik mit seinem Programm „Demokratie stärken – Partizipation“ nach eigenen Worten an den „Stärken von Kindern und Jugendlichen an und unterstützt ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Mit seinen (Förder-)Programmen stärkt es Demokratie und Toleranz sowie gesellschaftliche und politische Partizipation und Teilhabe. Präventive Programme und Beratungsangebote tragen zu diesem Prozess bei und machen junge Menschen auch gegen die Verführung durch rechtsextremistisches Gedankengut stark.“ Die weitere Bearbeitung des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ (NAP) verhilft Kindern zu Beteiligung in unserer Gesellschaft. Nationale und europäische Politik sind dabei eng verzahnt. In der Engagementpolitik sollen mit der Initiative ZivilEngagement Impulse für das bürgerschaftliche Engagement aus der Zivilgesellschaft gebündelt werden. Mit einem eigenen Dialogprozess in Form von zwei Nationalen Foren hat das Bundesnetzwerk

Bürgerschaftliches Engagement (BBE) Grundausgaben für die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) Bürgerschaftliches Engagement gesammelt, der in dieser Legislaturperiode ausgearbeitet werden soll.

In seiner Abteilung „Ältere Menschen“ fördert das gleiche Ministerium das „aktive Alter“ und „Freiwilligendienste aller Generationen“.

Der wichtigste nationale Partner für die politische Bildung liegt im Geschäftsbereich des Innenministeriums: die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Ihre Aufgaben sind in einem Erlass festgelegt: „Die Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Ihre Aufgabe ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“.

Das Innenministerium beabsichtigt weiterhin über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Verstärkung der Integrationsmaßnahmen von Migrant/-innen, indem es Maßnahmen fördert wie

- Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Multiplikatoren im Integrationsbereich, zur Stärkung des Demokratieverständnisses und der Integrations- und Partizipationsbereitschaft bei Migrant/-innen
- Angebote, die Migrantenorganisationen dabei unterstützen, demokratische Strukturen weiterzuentwickeln und sich im Sinne des Grundgesetzes in unsere Staatsordnung einzubringen
- sonstige Angebote, die das demokratische Denken bei Migrant/-innen stärken und antidemokratischen Haltungen wie Fundamentalismus vorbeugen bzw. diese zurückdrängen
- Integrationskurse, die flexibilisiert und quantitativ und qualitativ aufgewertet werden sollen (Anhebung der Zahl der Orientierungskursstunden von 45 auf 60).

Nicht nur auf Grund der aktuellen Gedenkanklässe zum Fall der Mauer wird mit Hilfe der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ die systematische Beschäftigung mit den Fragen der jüngsten Vergangenheit aktiv gefördert und finanziell unterstützt.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Migrant/-innen partizipieren

Das Beratungsgremium der Bundesregierung in Fragen der Jugendhilfe, das Bundesjugendkuratorium, hat sich ausführlich mit dem Zusammenhang von Gesellschaft und Engagement beschäftigt und mit seinen Erklärungen zu Partizipation und zur Kinder- und Jugendpolitik wichtige Impulse für die weitere Diskussion gegeben.

In Jugend, Lebenslanges Lernen und aktive Bürgerschaft investieren

Die Neukonzeption der Europäischen Jugendstrategie „investing in youth“ hat unter anderem die Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität zwischen allen jungen Menschen zum Ziel. Auch die Konzeption der EU-Politik des Lebenslangen Lernens, die im November vorgestellt werden soll, wird dieses Ziel für die Erwachsenen benennen. Der Begriff „Active Citizenship“ (aktive Bürgerschaft) spielt in der europäischen Debatte über Bildung und Weiterbildung eine zentrale Rolle. Verschiedene europäische Initiativen und Texte greifen diesen Begriff auf. Die Entscheidung über die Themenstellung der kommenden EU-Jahre (Armut und soziale Ausgrenzung, bürgerschaftliches Engagement und Dialog der Generationen) bietet der politischen Bildung zahlreiche Ansätze für Aktivitäten der politischen Bildung.

Die politische Grundeinstellung der EU hat zur Konsequenz: Bei vielen (Bildungs-) Förderprogrammen wird erwartet, dass sie den Europagedanken stärken, neue Anregungen für die Bildungspraxis geben und zur Stärkung interkultureller Kompetenzen beitragen. Dies wird besonders deutlich bei dem Förderprogramm Jugend in Aktion und dem Grundtvig-Programm Lifelong Learning.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung in der gerade begonnenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags enthält eine Reihe von Ansätzen, die für die politische Bildung von Bedeutung sind. So spricht dieser Vertrag u.a. die Grund- und Freiheitsrechte sowie gesellschaftliche Diskurse zu Problemlagen an, die Themen

der politischen Bildung sind, oder die Bedeutung von bürgerschaftlichen Engagement und wertorientierter Bildung durch die gesellschaftlichen Kräfte für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

1.2 Profession politische Bildung

Politische Bildung ist zur Unterstützung gesellschaftlicher Diskurse selbstverständlich und gefragt. Sie muss sich aber auch ins Gespräch bringen. Dazu diente der in diesem Jahr erstmals verliehene Preis für politische Bildung des Bundesausschusses für politische Bildung (bap). Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestags Dr. Norbert Lammert, der auch selbst an der Preisverleihung teilnahm, wurden Projekte und Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit dem Schwerpunkt Sozial- und Bildungsbenachteiligte mit Migrationshintergrund ausgezeichnet, die beispielhaft für das Engagement vieler Initiativen, Organisationen und Institutionen stehen. Diese außerordentlich erfolgreiche Aktion, die viel Zuspruch erhielt, soll nun alle zwei Jahre eine Wiederholung finden. Im Jahr 2010 soll die Präsentation der Leistungen der politischen Bildung durch die Veröffentlichung eines „Trendberichts“ ergänzt werden.

Die Profession der politischen Bildung kämpft immer wieder mit Problemen der eigenen Identität und zerfällt in diverse Lager und Gruppen. Bei allen Bemühungen von verschiedenen Seiten durch Gespräche und Ansätze zur Kooperation liegt der größte Teil des Weges noch vor uns. Das beginnt beim Diskurs über die Referenzwissenschaften, zu denen die AKSB im vergangenen Jahr ein Dossier von Benedikt Widmaier veröffentlicht hat. Weiter führt der Weg über den tatsächlichen oder vermeintlichen fundamentalen Abgrund zwischen schulischer und nicht-schulischer politischer Bildung und den daraus folgenden organisatorischen und politischen Konsequenzen. Sollen mehr die Gemeinsamkeiten oder die Unterschiede betont werden? Gibt es

nicht auch gemeinsame Interessen? Im Kontakt zwischen bap und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) wurde versucht, diesen Spielraum auszuloten und nach gemeinsamen Wegen zu suchen. Wieweit dies auf weitere Akteure wie die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe) oder die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) Auswirkungen hat, ist noch nicht abzusehen.

Da die besonderen Aktivitäten des bap und GEMINI unter 4.1, S. 21, dargestellt werden, wird nur auf einen Aspekt eingegangen, dem sich die Profession stellen muss: Die Entwicklungen auf dem Finanzsektor machen eine dramatische Unkenntnis bei weiten Teilen der Bevölkerung in Bezug auf Wirtschaftsfragen deutlich. Der naheliegende Vorschlag lautet häufig, auf die politische Bildung zu Gunsten von „wirtschaftspolitischer Bildung“ zu verzichten. Der bereits zu beobachtende Trend der Zurückdrängung von politischer Bildung würde damit verstärkt. Das ist aber keine Lösung. Die politische Bildung hat auch im Themenbereich Wirtschaftspolitik Kompetenzen, die sie stärker vermitteln muss. Sie kann sachorientiert aufzeigen, wie Wirtschaft funktioniert und welche Bezüge zum Gemeinwohl und zu ethischen Grundlagen hergestellt werden müssen.

Politische Bildung steht im Kontext der Weiterbildungspolitik. Im Mittelpunkt der Diskussion steht hier die Erarbeitung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) im Anschluss an den Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR). In diversen Anhörungen und Beratungen konnte erreicht werden, dass der Beitrag der nicht-formalen Bildung, zu der auch die politische Bildung gehört, in seiner Bedeutung anerkannt wird. Zugestanden werden muss jedoch, dass dies leider noch keine ausdrückliche Berücksichtigung in den Formulierungen und der Erprobungsphase gefunden hat. Die Bemühungen des bap und anderer Träger gehen nun dahin, den Anschluss an diese Diskussion zu halten,

indem mit eigenen Konzepten die zu erwerbenden Kompetenzen beschrieben werden. Das ist in der Profession nicht unumstritten, da Befürchtungen bestehen, dass man vom „System“ vereinnahmt werden könnte. Auf europäischer und internationaler Ebene werden offensichtlich wegen geringer Wirkmacht weniger Gefahren gesehen. Die Konzepte zur Validierung informeller und nicht-formaler Bildung werden allgemein begrüßt. Auch die Ansätze zur Nachhaltigen Bildung finden Zustimmung, werden aber noch nicht ausreichend in der Politikgestaltung und praktischen Arbeit berücksichtigt.

Ein besonderes Problemgebiet hat sich durch den Wandel der schulischen Angebote ergeben. Nicht nur die Reduzierung der Schuldauer des Gymnasiums auf 8 Jahre, sondern auch das Interesse der Schulen im Rahmen ihrer Ganztagslösungen verstärkt mit nicht-schulischen Partnern zusammenzuarbeiten, ergibt ganz neue Abgrenzungsprobleme in den Zuständigkeiten. Diese müssen in den nächsten Jahren unter Berücksichtigung des eigenen Profils der außerschulischen Bildungsarbeit analysiert und gelöst werden.

Abgerundet werden soll dieser Überblick mit den Entwicklungen auf dem Sektor der Forschung. Was das politische Verhalten (Wahlen, Engagementbereitschaft,...) betrifft, gibt es zahlreiche Untersuchungen, die auch immer wieder in Diskussionen herangezogen werden. Im Hinblick auf die Wirkungen politischer Bildung fehlt es leider weitestgehend an empirischen Daten und Forschungsergebnissen. Der bap hat deshalb mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMBF) eine Studie in Auftrag gegeben. Diese soll vorhandene Untersuchungen daraufhin analysieren, ob Forschungsergebnisse über die Wirkung politischer Bildung enthalten sind. Eine eigene Forschungsarbeit mit empirischen Datenerhebungen ist aus finanziellen Gründen derzeit nicht leistbar.

Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR)

Wirkung politischer Bildung auf dem Prüfstand

Links: Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert bei der Verleihung des Preises Politische Bildung



Rechts: Die 1. Preisträger „Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte“ mit Kerstin Griese, MdB, und Theo W. Länge, Vorsitzender des bap



Links: „Sonntagsfrage“ - Kurs der Jugendbildungsstätte Waldmünchen zum Thema Wahlen

Rechts: AKSB-Konvention und die Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „caritas in veritate“

1.3 Wertebezug politischer Bildung und Konvention der AKSB

Werte und christliche Sozialethik

Politische Bildung ist ohne eine Wertegrundlage, ohne einen Wertebezug nicht denkbar. Deshalb arbeitet die AKSB immer wieder an der Weiterentwicklung der Ansätze zur Vermittlung ethischer Inhalte und nimmt dabei Bezug auf die christliche Sozialethik. Eine Reihe von kirchlichen Erklärungen, nicht zuletzt auch die neue Enzyklika von Benedikt XVI., „Caritas in veritate“, haben für diese Aufgabe wertvolle Anregungen gegeben. So fordert Benedikt XVI. eine „echte politische Weltautorität“ zur Krisenbewältigung und pocht zugleich auf ein Wirtschaften, das sich an ethischen Zielen und am Gemeinwohl aller Menschen ausrichtet.

Vor diesem Hintergrund stand im Mittelpunkt der AKSB-Aktivitäten 2009 die Beschäftigung mit den eigenen Grundlagen: Bereits im Vorjahr hatte anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens die Überprüfung der „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ begonnen, die in diesem Jahr fortgesetzt wurde. Die Konvention bildet die Grundlage für die gemeinsame fachliche Bildungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft und beschreibt das Selbstverständnis der in der AKSB zusammengeschlossenen Träger hinsichtlich der sozialetischen, didaktischen und bildungspolitischen Grundzüge ihrer Arbeit. Nachdem in 2008 in den Konferenzen der AKSB-Fachgruppen und bei Fachtagungen einzelne Aspekte der Konvention diskutiert worden waren, kam insbesondere der AKSB-Jahrestagung im November 2008 eine besondere Bedeutung zu. Gemeinsam mit renommierten Wissenschaftlern aus der Sozialethik und der politischen Fachdidaktik, den Bezugswissenschaften katholisch-sozial orientierter politischer Bildung, wurde die Konvention hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Anschlussfähigkeit und ihrer Relevanz für die Bildungspraxis überprüft.

Die Konvention auf dem Prüfstand

In der Gesamtschau dieser Debatte blieb als Ergebnis festzuhalten, dass die Konvention als normative Grundlage der politischen Bildung weiterhin aktuell ist. Anfragen und Ergänzungen zur Weiterentwicklung und Präzisierung des Selbstverständnisses ergaben sich durch die Anregungen aus den Fachdebatten vor allem in drei Schwerpunkten:

- **Demokratiethoretische Grundlegung:** Braucht die katholisch-sozial orientierte politische Bildung eine demokratiethoretische Grundlegung? Wie kann die Forderung nach Partizipation nicht nur ethisch, sondern demokra-

tiethoretisch begründet werden? Wie muss aufgrund des Demokratieverständnisses das Leitbild des „Bürgers“ für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung definiert werden? Muss sich non-formale politische Bildung stärker als engagementbegleitende Beratung verstehen? (Lebensweltliche Orientierung)

- **Sozialetische Grundlegung:** Wie muss der Gemeinwohlbegriff formuliert werden, damit er noch als brauchbar erscheint? Wie kann es gelingen, Solidarität nicht nur als individuelles Moralprinzip, sondern als Sozialprinzip moderner Gesellschaften zu vermitteln? Genügt heute noch das klassische Subsidiaritätsverständnis der Konvention oder müsste das Subsidiaritätsprinzip nicht angesichts hochkomplexer, ausdifferenzierter Gesellschaften weiterentwickelt werden? Wie kann ein entwickelter Person-Begriff, der „selbstbestimmte Selbstdeutungen“ der Menschen umfasst, im normativen Konzept der Konvention berücksichtigt werden?
- **Dynamische und aktuelle Veränderungen,** die in der Konvention zu wenig berücksichtigt wurden oder werden konnten: Welche Folgen hat die Globalisierung für die Demokratie? Kann die Menschenrechtsbildung als Fundament für die politische Bildung dienen in Zeiten, in denen Entwicklungen nicht mehr nur nationalstaatlich legitimiert werden können? Wie können und müssen Konzepte der Nachhaltigkeit und Diversität in der politischen Bildung aufgegriffen werden?

Der AKSB-Vorstand hatte bereits vor der Mitgliederversammlung 2008 im Blick auf die Ergebnisse der Überprüfung festgestellt, dass eine „Neufassung“ der Konvention nicht sinnvoll und notwendig sei und die Konvention nach wie vor die Grundlage katholisch-sozial orientierter politischer Bildung darstelle. Eine Arbeitsgruppe wurde daher gebeten, zu den drei beschriebenen Anfragen an die Konvention, auf dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Debatten, ergänzende Beiträge zur Konvention zu erstellen. Fachgruppen und Vorstand haben die Beiträge dieser Arbeitsgruppe im September 2009 diskutiert. Der in diesen Diskussionen erarbeitete Text soll auf der Mitgliederversammlung 2009 abschließend besprochen und zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Der Text lädt als Ergänzung und gleichzeitig als Arbeitspapier zu einer Weiterarbeit am Selbstverständnis katholisch-sozial orientierter politischer Bildung ein. Er bildet die Grundlage für den weiteren Diskurs in der Arbeitsgemeinschaft.

>>> 2. Die AKSB als Netzwerk – Bundesweite Zusammenarbeit (BZA)

2.1 Struktur

Als Zusammenschluss von über 60 Akademien, Bildungseinrichtungen und Verbänden ist es Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die politische Bildung katholischer Träger anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Aufgrund ihrer je eigenen Tradition und Aufgabenstellung sowie regionaler Bedingungen verfolgen die Mitgliedseinrichtungen der AKSB und Verbände in der politischen Bildung bestimmte thematische Schwerpunkte und sprechen bestimmte Zielgruppen an. Die bundesweite Zusammenarbeit der Mitglieder sichert den Austausch untereinander sowie die Evaluation und Weiterentwicklung der Bildungsmaßnahmen der Träger.

Die Mitarbeit in der bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) erfolgt auf drei Stufen. Um eine Kursförderung (Stufe 1) zu erhalten, muss die Einrichtung die Veranstaltungen gemäß den vorgegebenen Regelungen auswerten und an der dem Förderprogramm entsprechenden **Kooperationskonferenz** teilnehmen. Für eine Mitwirkung auf der zweiten Stufe der BZA ist zudem eine Beteiligung an einer der drei **Fachgruppen** Voraussetzung, die den Themen „Das Politische“, „Das Soziale“ und „Das Gesellschaftliche“ zugeordnet sind. Jede der Fachgruppen trifft sich zweimal jährlich zu ihren Konferenzen. An den Fachgruppenkonferenzen nehmen pädagogische Mitarbeiter/innen der Erwachsenen- und Jugendbildung gemeinsam teil. Jeder Fachgruppe sind vier sogenannte **Infrastrukturstellen** zugeordnet. Zwei erfahrene Kolleginnen und Kollegen, die die Bereiche Jugend- und Erwachsenenbildung repräsentieren, leiten die Fachgruppen. Zusätzlich stehen jeder Fachgruppe Verantwortliche für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Didaktische Dokumentation (didado®) zur Seite. Die Arbeit der Fachgruppen und der Infrastrukturstellen wird von Ulrike Leikhof, der Referentin für Grundsatzfragen der politischen Bildung in der AKSB-Geschäftsstelle, koordiniert.

Weiteres wichtiges Mittel der bundesweiten Zusammenarbeit sind die verschiedenen **Projekte** der AKSB, die sich zeitlich begrenzt mit bestimmten Themen befassen.

2.1.1 Kooperationskonferenzen

Die Kooperationskonferenzen bringen die Träger in den jeweiligen Tätigkeitsbereichen zu-

sammen und ermöglichen einen themenübergreifenden Austausch, der Impulse setzt für die gemeinsame Arbeit.

Auch im Jahr 2009 wurden sie in vier Zielgruppenbereichen angeboten: politische Bildung für Erwachsene, politische Bildung für Jugendliche, Internationale Jugendarbeit sowie (außer) schulische Träger des deutsch-polnischen Jugendaustausches (in Kooperation mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge, afj, sowie dem Jugendhaus Düsseldorf e.V.).

Bei der Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung für das Förderjahr 2009“ Mitte Dezember 2008 in Bonn diskutierten die Teilnehmenden unter anderem Merkmale von und Kriterien für die Kooperation zwischen Schulen und außerschulischer politischer Bildung. Die Kooperationskonferenz zur politischen Erwachsenenbildung Anfang Mai 2009 in Frankfurt nahm unter anderem das Hospitationsprogramm der bpb „Politische Bildung in Aktion“ näher in den Blick.

Bei der Weiterbildungskonferenz für die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im deutsch-polnischen Austausch stand die historisch-politische Bildung im Mittelpunkt. Die Fachkonferenz Internationale Arbeit beschäftigte sich mit den Konzepten des Globalen Lernens und der Diversität.

2.1.2 Fachgruppenarbeit

In allen drei Fachgruppen gab es im vergangenen Jahr mehrere Personalwechsel bei den Infrastrukturstellen. In den meisten Fällen gelang eine Neubesetzung der Stellen.

Fachgruppe I – Das Politische

In der Fachgruppe I – Das Politische gab es mehrere Wechsel bei den Infrastrukturstelleninhabern/innen, die zudem die Klärung grundlegender Linien der Fachgruppenarbeit notwendig machten. Die Gruppe der Mitwirkenden in Fachgruppe I ist mittlerweile sehr „jung“, d.h. die noch vor einem Jahr vorherrschende ausgewogene Mischung der Generationen hat sich gewandelt. Eine interessante Entwicklung ist, dass ein Großteil der Vertreter/innen der Mitgliedsorganisationen sowohl in der Jugend- als auch in der Erwachsenenbildung tätig ist – hier sieht die Fachgruppenleitung sinnvolle und spannende Synergieeffekte für die inhaltliche Arbeit der Fachgruppe.

Austausch und Kooperation in Konferenzen

Zusammensetzung der Fachgruppen im Wandel

Die bisherige Form der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Theorien politischer Bildung wurde in den vergangenen Konferenzen durch einen verstärkten Theorie-Praxis-Bezug ergänzt.

Menschenrechte als Thema politischer Bildung

In der ersten Jahreshälfte widmete sich die Fachgruppe in Nürnberg dem Thema „Menschenrechte in der non-formalen politischen Bildung“. Die Mitglieder der Fachgruppe diskutierten über die Erreichbarkeit verschiedener Zielgruppen für Veranstaltungen zur Menschenrechtsthematik, die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und die Einbindung von Menschenrechtsverletzungen Betroffener in die Seminare. Zudem wurden in der Fachgruppe Kontroversen im Bereich der Menschenrechte aufgegriffen, z.B. die Frage nach ihrer Universalität. Die Debatten konnten damit an die Fachtagung „Quo vadis Menschenrechte?“ im Bonifatiushaus in Fulda anknüpfen. Die Fachgruppe nutzte zudem ihren Tagungsort, besuchte die Straße der Menschenrechte in Nürnberg und tauschte sich über die Erfahrung mit Gruppen an Erinnerungsorten aus.

Die zweite Jahreshälfte stand ganz im Zeichen der Jahrestagung 2009. Das Thema Demokratie und Partizipation beschäftigt die Fachgruppe schon seit langem. Daher lag eine Beteiligung bei den Vorbereitungen zur Jahrestagung nahe. In beiden Konferenzen wurden aktuelle Ergebnisse der Partizipationsforschung diskutiert und das Konzept der Jahrestagung weiterentwickelt.

In der Fachgruppenarbeit ist eine stärkere Mitarbeit der Mitglieder zu verzeichnen, die Gruppe übernimmt immer mehr Verantwortung für die Konferenzen. Die Fachgruppe bleibt zwar eine „Pflicht“ – sie wird aber mit einem produktiven Pragmatismus gefüllt. Wichtig wäre für die derzeit recht kleine Fachgruppe, wenn neue Mitwirkende dazukämen.

Besonders lobenswert ist die kontinuierlich gute Zusammenarbeit zwischen den Infrastrukturstelleninhaber/-innen der Fach-

gruppe. Sie sind sehr gut vernetzt und äußerst motiviert, zu einer produktiven Gestaltung der Arbeit beizutragen, auch über die „vertraglichen Verständigungen“ hinaus. Vereinbarte Leistungen werden stets termingerecht erfüllt.

Fachgruppe II – Das Soziale

Die Zusammenarbeit der Mitglieder in der Fachgruppe II – Das Soziale in den beiden halbjährlichen Konferenzen ist überaus positiv und wird von den Beteiligten sehr geschätzt. Dies gilt sowohl im Blick auf den Erfahrungsaustausch, als auch für die Bearbeitung inhaltlicher Themen und methodisch-didaktischer Konzepte. Die Kommunikation zwischen den Konferenzen ist allerdings schwierig, da alle Mitglieder der Fachgruppe von einer hohen Arbeitsverdichtung durch Personalausdünnung in den Mitgliedseinrichtungen betroffen sind. Dazu kommen in einigen Einrichtungen konzeptionelle Umbrüche und eine relativ hohe personelle Fluktuation. In der Fachgruppe selbst betrifft dies aktuell den Wechsel in der Fachgruppenleitung, Erwachsenenbildung, und der Infrastrukturstelle Öffentlichkeitsarbeit sowie die Vakanzen der Leitungsstelle Jugendbildung und der Strukturstelle didado.

Zwei Themen bestimmen seit längerer Zeit die inhaltliche Arbeit der Fachgruppe:

„Skandalisierung der Erwerbsarbeit“: Hinter die Debatte über den Skandal Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren die Frage nach der Qualität der Arbeit, nach guter und humaner Arbeit, zurückgetreten. Die Diskussion darüber führte zum Angebot der Fachtagung „Vom Skandalisieren der Arbeitslosigkeit zur Skandalisierung der Erwerbsarbeit. Ein Thema der Politischen Bildung“ im März im Haus am Maiberg. Im Ergebnis der Tagung zeigte sich: die Bedingungen in der Erwerbsarbeit heute setzen die Arbeitenden vielfachen Belastungen aus. Diese werden oft unter dem Druck, überhaupt Arbeit zu haben, von ihnen mitgetragen. Die Belastungen sind stichwortartig gekennzeichnet durch Entgrenzung der Arbeitsphäre, erhöhten Arbeitsstress und Zunahme von Burnout-Fällen, Erkrankungen

durch hohe Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen, eine Benachteiligung von Frauen, usw. Politische Bildung ist gefordert, auf diese Entwicklungen zu reagieren.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Fachgruppe im letzten Jahr war die Frage nach dem Spezifikum politischer Bildung. In der Fachgruppendifkussion entzündete sich diese Frage bei der Auswertung der Arbeit mit benachteiligten Zielgruppen. Selbst wenn diese Bildungsangebote immer auch die politischen Dimensionen der Themen behandeln, schwimmt oftmals die Grenze zwischen „sozialpädagogischer“ Persönlichkeitsstärkung, Schulung des Sozialverhaltens und „eigentlicher“ politischer Bildung. Die Fachgruppensitzung im Herbst 2009 diente der Vertiefung der Frage nach der Aufgabe politischer Bildung im Gespräch mit Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Vechta. Er zog in der Diskussion einen deutlichen Trennstrich zwischen der Politik und der Politischen Bildung. Politische Bildung könne nur die Fähigkeiten zur politischen Praxis vorbereiten, begleiten und reflektieren. Von einem deliberativen Verständnis von Politik her hätte die politische Bildung Lernorte zu schaffen, in denen Interessen wahrgenommen und erkannt werden, gelernt wird, dass Interessen Einfluss haben und diese kollektivierbar sind. Sie dürfe dabei aber die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht in die Politik drängen. Sie zur Vertretung ihrer Interessen zu befähigen, sei die Aufgabe der Politischen Bildung in einer pluralistischen Gesellschaft.

Im nächsten Jahr wird sich die Fachgruppe inhaltlich mit dem Armuts- und Reichtumsthema in europäischer Perspektive (Soziale Kohäsion, Europäisches Jahr) befassen. Außerdem sollen Standards der Kooperation mit Schulen und anderen Partnern sowie Standards in der Zusammenarbeit mit Honorarkräften diskutiert werden.

Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche

Die Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche zeigte sich im vergangenen Jahr gut etabliert. Ein

Indiz dafür ist, dass sich die aktive und konkrete Beteiligung der Mitgliedseinrichtungen gegenüber dem Vorjahr signifikant verbessert hat. Dies betrifft vor allem die Beiträge für die Seiten der Fachgruppe im AKSB-Inform. Die Bereitschaft, Artikel für diesen Verwendungszweck zu schreiben, ist bei den Kollegen/innen hoch. Vermutlich wird AKSB-Inform als ein gemeinsames Organ der AKSB und ihrer Mitgliedseinrichtungen verstanden, das darüber hinaus auch für die Darstellung der eigenen Arbeit als nützlich eingeschätzt wird.

Nach wie vor sind die zweimal jährlich stattfindenden Fachgruppenkonferenzen von ganz entscheidender Bedeutung für die Profilbildung und das Selbstverständnis der Fachgruppe. Sie stellen eine unerlässliche Plattform für die persönliche Begegnung, den reflektierten Austausch, das Ermöglichen von Netzwerken und das Befördern von Synergien dar. Die Fachgruppenleitung sieht es als eine wichtige Aufgaben der Konferenzen, neben dem fachinhaltlichen Austausch vor allem ein Forum des Miteinanders, des „am selben Strang Ziehens“, zu sein und gemeinsame Visionen, Ziele und konkrete Strategien für deren Umsetzung in den Blick zu nehmen. Dies stärkt nicht nur das Identifikationsgefühl der Fachgruppe selbst und die Verbundenheit mit der AKSB, sondern letztlich jedes einzelne Mitglied in seiner spezifischen Bildungsarbeit.

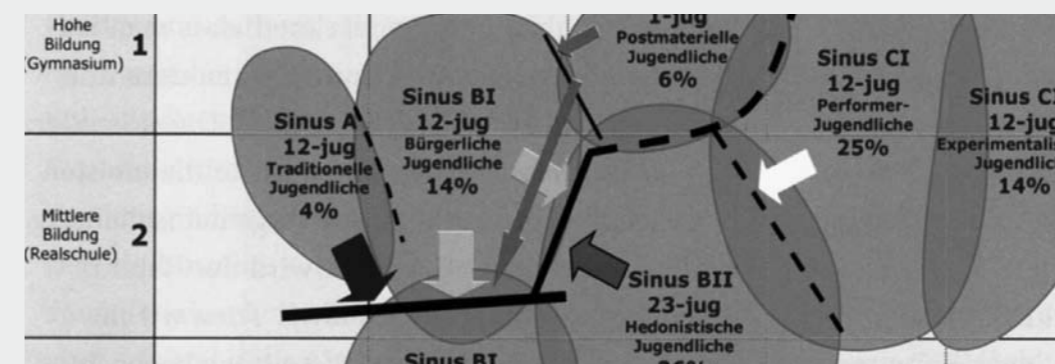
Inhaltlich standen bei den Konferenzen rückblickende Berichte aus der Erwachsenen- und Jugendbildung, die Vorstellung neuer Stellinhaber und der Vorausschau auf die in der Fachgruppe geplanten Ereignisse 2010 (Fachtagung) bei beiden Fachgruppenkonferenzen auf dem Programm. Bei der ersten Konferenz 2009 in Berlin stand zudem ein durchaus kontrovers diskutierter Vortrag von Thomas Becker, Leiter der Katholischen Sozialethischen Arbeitsstelle e.V. in Hamm, zur Sinus-Milieu-Studie im Mittelpunkt.

Entwicklung gemeinsamer Visionen und Ziele

Links:
Straße der
Menschenrechte
in Nürnberg



Rechts:
AKSB-Fachtagung zur
Skandalisierung der
Erwerbsarbeit im
Haus am Maiberg



Mit den Ergebnissen der Sinus-Milieu-Studie beschäftigten sich die Fachgruppen.

Solidaritätsförderndes Lernen

Derzeit bereitet die Fachgruppe die Fachtagung „Innovative didaktische Konzeptionen für solidaritätsfördernde Lernprozesse“ vor, die vom 23. bis 24.02.2010 in Münster stattfindet. Ausgewählte Lernarrangements und Reflexionskonzeptionen werden daraufhin überprüft, welche Impulse sie für die wertorientierte und gerechtigkeitsmehrende pädagogische Arbeit geben. Wünschenswert sind ein weiterhin reger Austausch, eine verstärkte Anbindung an die aktuelle wissenschaftliche Forschungslandschaft und an den fachpolitischen Diskurs.

2.1.3 Ausblick

Der Vorstand hat die Geschäftsstelle mit der Überprüfung der BZA beauftragt. Hierzu werden Leitfragen entwickelt, die in den Fachgruppenkonferenzen Anfang 2010 sowie mit den Infrastrukturstelleninhaber/innen diskutiert werden. Es wird unter anderem zu diskutieren sein, wie in der AKSB Innovationskraft genutzt und eine thematische Weiterentwicklung betrieben werden kann. Wichtiges Thema wird zudem die unterschiedliche Größe der Fachgruppen sein. Bei der nächsten Mitgliederversammlung soll dann über die Ergebnisse informiert und ggf. Änderungen in der BZA angestoßen werden.

2.2 Themen und Inhalte der BZA

Zwischen Déjà-vu und Innovation – zwischen diesen beiden Polen bewegten sich die Kurse, die von den AKSB-Mitgliedseinrichtungen im vergangenen Jahr durchgeführt wurden. In vielen Bereichen boten die Mitgliedseinrichtungen herkömmliche Kursthemen und Kursdesigns erneut an und setzten bewährte Kooperationen fort. Die Zielgruppen blieben konstant und die eingesetzten Methoden wurden beibehalten. Immer wieder aber griffen die Kurse der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung auch neue gesellschaftspolitische Themen auf. Die Bandbreite reichte dabei von der Thematisierung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise über Fragen eines zukünftigen gerechteren Rentenversicherungssystems und der Bildungspolitik bis hin zur Problematik des Klimawandels. Die AKSB-Mitgliedseinrichtungen haben damit „die Zeichen der Zeit“ erkannt und bieten Informationen, Orientierungen und einen Reflexionsraum zu Fragen, die den Menschen „auf den Nägeln brennen“.

Festzuhalten ist aber auch, dass eine Reihe gesellschaftspolitischer Gegenwartsfragen eher marginal bis defizitär ihren Niederschlag in der Angebotspalette fanden. Zu benennen sind

hier unter anderen: Generationenvertrag, Armut und Reichtum, jugendliche Lebenswelten (spezifisch Medien- und Konsumwelten), Individualisierung und Individualität, Entgrenzung, Be- und Entschleunigung, usw. Einige thematische Schwerpunkte der Bildungsarbeit werden im Folgenden ausführlicher vorgestellt.

2.2.1 Arbeit und Arbeitsgesellschaft

Die in diesem Bereich angebotenen Veranstaltungen umfassten Fragen der Erwerbslosigkeit, Perspektiven der Arbeit im Blick auf die soziale Sicherung, des Wandels der Arbeitswelt sowie aktuelle Entwicklungen.

In Angeboten für junge Erwachsene war es wichtig, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern grundlegende Informationen über den „Arbeitsmarkt“ und Erwartungen an Kompetenzen und Qualifikationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu vermitteln. Wichtig war die Auseinandersetzung mit zentralen Werten und Schlüsselqualifikationen in der Arbeitswelt. Dazu gehörte auch die Klärung des „Arbeitsbegriffs“ jenseits der Existenzsicherung und der Zuordnung der Rolle des Berufs im gesellschaftlichen und politischen Kontext.

Seminare mit langzeitarbeitslosen Menschen zur Arbeitslosigkeit konnten zum einen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern helfen, die Ursachen ihrer eigenen Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit allgemein differenzierter zu verstehen. Zum anderen wurde deutlich, wie wichtig für diese Zielgruppe Erwerbsloseninitiativen, Beschäftigungsträger, niedrigschwellige Arbeitsangebote und unabhängige Beratungsstellen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum gesellschaftlichen Engagement sowie für die Integration in den Arbeitsmarkt sind.

Für osteuropäische Migrant/-innen zeigte sich das Thema Arbeit als neuralgischer Punkt in ihrer gesellschaftlichen Integration. Häufig erleben sie in Deutschland trotz hoher fachlicher Ausbildung eine Dequalifizierung auf dem Arbeitsmarkt. Hilfreich war auch die Klärung der Herkunft aus einer sozialistisch orientierten „Ständegesellschaft“ mit hierarchischen Strukturen, die das demokratisch-partnerschaftliche Handeln erschwert.

Zudem zeichnete sich in Kursen zum Thema „Arbeit“ eine neue Akzentuierung ab, in dem die Fragen nach „Guter Arbeit“, nach den Arbeitsbedingungen und belastenden bzw. krankmachenden Faktoren in der gegenwärtigen Erwerbsar-

beit stärker in den Mittelpunkt gestellt wurden. Zugleich bedarf es einer intensiveren Debatte um Alternativen, insbesondere um einen effektiven staatlichen Arbeitsschutz angesichts veränderter Bedingungen in der Arbeitswelt.

2.2.2 Migration und Integration

Es ist erfreulich, dass zu dem hochaktuellen, brisanten und sensiblen Themenkomplex „Migration/Integration“ sehr viele Kurse durchgeführt wurden. Er wurde auf unterschiedliche Art und Weise bearbeitet und war sowohl Kursthema als auch Titel einer Kurseinheit oder wurde angesprochen, obwohl er inhaltlich nicht im Zentrum der Veranstaltung stand. Bei vielen Kursen, die sich dieser Thematik widmeten, waren Menschen mit Migrationshintergrund als Teilnehmende präsent.

Thematische Hauptschwerpunkte waren Aspekte der Integration, gefolgt von interkulturellen Fragestellungen. Am wenigsten wurde über die Einwanderungspolitik diskutiert. Dieser Befund spiegelt die Schwerpunktsetzung der Ausländerpolitik der Bundesregierung und der Bundesländer in den letzten Jahren wider, die in der Kurspraxis aufgegriffen wird. Da durch die demographische Entwicklung und durch den Zuwanderungsdruck z.B. aus Afrika die Frage der Gestaltung der Immigration immer wichtiger werden wird, wäre es wünschenswert, wenn sich dies künftig in der Gewichtung der Kursthemen niederschlagen würde.

Gelungene, vor allem aber hoffnungsvolle Konzepte stellen die Seminare zum Thema „Ehrenamtliche interkulturelle Jugendarbeit“ dar. Die Seminarteilnehmenden waren Aussiedler/-innen und Migrant/-innen aus den GUS-Staaten, die sich teilweise schon selbst in der ehrenamtlichen Jugend- und Migrationsarbeit engagiert hatten. Sie damit sozusagen „selbst zum Thema machen“ und mehr Klarheit über die eigene Identität und das eigene Wunschprofil für den Eingliederungsprozess zu erlangen, stand im Mittelpunkt der ungewöhnlichen, aber hoffentlich viele Nachahmer findenden Seminare, motivieren sie doch die Teilnehmenden, sich für die „eigene Sache“ einzusetzen und befördern damit partizipatorisches Handeln.

2.2.3 Demokratiepraxis, Partizipation

Das Thema „Partizipation“ war sowohl Kursinhalt als auch Prinzip in vielen Maßnahmen der politischen Bildung. In der Analyse der Berichte zeigt sich erneut: die Förderung von gesellschaftlicher wie politischer Partizipation muss

immer mit einer Sensibilisierung für das System „Demokratie“ einhergehen – das Verständnis für die Komplexität von Politik und Demokratie zu wecken ist ein wichtiger Beitrag politischer Bildung zur Förderung von Partizipation.

Zahlreiche Seminare beinhalteten Einheiten zum Themenbereich „Mitwirken/Mitbestimmen – aber wie?“. Grundlage der Auseinandersetzung war vor allem das Verhältnis von (gesetzlichen) Rahmenbedingungen zu realistischen Gegebenheiten beim Engagement in Gremien oder im alltagsnahen Gemeinwesen. Viele Interessierte erleben, dass sie selbst in ihren Bereichen – auch wenn diese rechtlich zugesichert sind – nicht mitgestalten bzw. mitreden dürfen. Dies führt zu Demotivation und entkräftet den Stellenwert der Gremien. Hier kann die politische Bildung viel zur Stärkung des Selbstbewusstseins beitragen.

Zahlreiche Seminare griffen den Punkt „Handwerkszeug“ für sinnvolle Mitgestaltung auf, d.h. neben der Vermittlung und Vertiefung theoretischen Wissens wurden Kompetenzen thematisiert und eingeübt, die für tatsächliche Mitgestaltung notwendig sind. In der Analyse wird auch deutlich, dass bei bestimmten Zielgruppen eine Sensibilisierung für Möglichkeiten der Partizipation erfolgen, vor allem aber die gesellschaftliche Notwendigkeit von Mitwirkung erörtert werden muss.

- **Medien:** Das Thema Partizipation wurde auch im Kontext von medialen Handlungsmöglichkeiten diskutiert, d.h. in den Seminaren wurde das Thema „Medien/Mediengesellschaft“ mit dem Themenbereich „Demokratie“ verknüpft.

- **Politische Kommunikation:** Neben ganz praktischen Fähigkeiten wurde in diesen Veranstaltungen zur politischen Kommunikation für die Teilnehmenden ein konsistenter Bogen von Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit und Argumentation zu politischer Beteiligung gezogen. Die Teilnehmenden wurden so über allgemeine Themen zu politischen Themen herangeführt und lernten Grundzüge von Partizipation an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen verstehen. Zudem wurden Möglichkeiten und Instrumente der Mitbestimmung aufgezeigt. Hauptzielgruppen waren vor allem Multiplikator/-innen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.

Mehr Mut zur Mitbestimmung

Politisch wahrgenommen werden

Eine Palette brisanter Themen

- **DDR:** In einigen Seminaren berichteten Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR, was „Nicht partizipieren können“ im Alltag eines Menschen bzw. einer ganzen Gesellschaft bedeutet. Diese Gespräche machten den Teilnehmenden besonders deutlich, dass Demokratie und die mit ihr einhergehenden Beteiligungsmöglichkeiten und Rechte ein schützenswertes Gut sind.
- **Wichtige Zielgruppe:** Ein brisanter Aspekt in den kommenden Jahren wird die Befähigung zur Partizipation von Bildungsbenachteiligten und Personen mit Migrationshintergrund sein. Einige Veranstalter haben sich dessen schon angenommen und stellen interessante Seminarkonzepte dazu auf. Hier sind unter anderem die Seminare zu Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene für Migrant/-innen und Spätaussiedler/-innen zu nennen.

2.2.4 Werte

Die Kurse mit dem Schwerpunkt auf Werteorientierung gehören zum Kernbestand katholisch-sozial orientierter politischer Bildungsarbeit und wurden auch im vergangenen Jahr in großer Anzahl angeboten. Dort besprachen die Teilnehmenden Aspekte und Indikatoren des Wertewandels, diskutierten die Notwendigkeit und Reichweite eines Wertekonsenses und reflektierten die Universalität der Menschenrechte. Vor allem bei den Kursen mit Jugendlichen war es wichtig, die Diskussion um die gesellschaftlichen Werte in deren Biographie zu „verankern“, um ihnen dadurch guten Zugang zu Wertefragen zu ermöglichen und ihnen die Relevanz von überindividuellen Werten für ihr persönliches Leben nahe zu bringen.

In vielfältigen Methodendesigns – von der „Versteigerung der Werte“ über den „Lebensbilderabend“ hin zu einem „Wertebasar“ und dem konkreten Aushandeln gemeinsamer Werte – konnte das Thema in seiner Vielschichtigkeit sichtbar und in Bezug auf die Notwendigkeit der Ausbildung von Wertvorstellungen als „Leben mit Mehrwert“

fruchtbar gemacht werden. Dass auch der christliche Glaube bei der Herausbildung von Werten eine wichtige Rolle spielt, war in den Seminaren selbstverständliche Grundlinie.

Spezielle Kurse wurden zu konkreten Werten, nämlich Gerechtigkeit und Solidarität, angeboten. Ein Kurs befasste sich dabei mit der Rolle von Religionen und ihrer Werte in der Kinder- und Jugendliteratur, ein anderer mit dem Armutspänomen in einer globalen Perspektive und ein dritter mit dem empathischen und solidarischen Umgang mit Sterbenden.

2.2.5 Nationalsozialismus – historisch-politische Bildung

Längst bildet die Erinnerung an die NS-Zeit so etwas wie das Paradigma kollektiver Erinnerung schlechthin, mit all den damit verbundenen Theorien und zivilgesellschaftlichen Hoffnungen. Wie sehr die normativen Grundlagen unserer Gesellschaft gerade in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit geschaffen worden sind, wird an einer reflexiv werdenden „Erinnerungsgeschichte“ immer deutlicher.

Einen Seminarschwerpunkt bildeten wohl auch aus diesem Grund im vergangenen Jahr wieder Kurse zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Ein wesentlicher didaktischer Ansatz war dabei die Einbeziehung des historischen Lernortes und der Gedenkstättenpädagogik. Angesichts immer größerer Unsicherheiten im Kontext von Gedenkstättenbesuchen ist der von den Bildungsanbietern gewählte Weg der langen Vor- und Nachbereitungsphasen (jeweils ein Tag) mit Bedacht gewählt und setzt sich damit deutlich ab von den sonst üblichen „Kurzbesuchen“ im Rahmen von z. B. schulischen „Wandertagen“.

Diskutiert wurde in den Seminaren die Entwicklung einer Erinnerungskultur nach 1945 und die Darstellung und Prüfung von Handlungsalternativen, die sich aus der Auseinandersetzung mit

**Kernbestand
katholisch-sozialer
politischer Bildung:
Werteorientierung**

Themen im AKSB-Kursangebot (Mehrfachnennungen möglich, da Kurse jeweils mehreren Inhalten zugeordnet werden können)

In den Maßnahmen wurden insgesamt folgende Themen am häufigsten aufgegriffen:

Thema: Arbeit und Arbeitsgesellschaft	80 Kurse
Thema: Migration und Integration	58 Kurse
Thema: Demokratiepraxis und Partizipation	53 Kurse
Thema: Werte	50 Kurse
Thema: Nationalsozialismus	41 Kurse
Thema: Europa	32 Kurse
Thema: Internationale Politik	30 Kurse
Thema: Demokratietheorie, politische Theorie	29 Kurse
Thema: Globalisierung	27 Kurse
Thema: Schülervertretung	24 Kurse

dem Nationalsozialismus für das Heute ergeben können und für eine funktionierende Demokratie auch müssen. Thematisiert wurden Ursachen und Gründe für die Art und Weise des Umgangs der „Volksgemeinschaft“ mit Andersdenkenden und „Randgruppen“ der Gesellschaft. Diskriminierungsmechanismen von damals wurden analysiert und auf ihre Aktualität heute überprüft. Dabei ging es auch um einen Brückenschlag zur Demokratieerziehung heute.

Das Dilemma, dass Zeitzeugen, die einen wichtigen Eckstein in der historisch-politischen Bildung darstellen, irgendwann nicht mehr zur Verfügung stehen, wird durch das Medium Film aufgefangen. Das Medium generiert dabei wiederum selbst eine besondere Form der Geschichtsdarstellung. Dies transparent zu machen, versuchten die Seminarkonzepte zum Thema Nationalsozialismus und entwickelten den Einsatz von Filmdokumenten und Spielfilmen stetig weiter.

2.2.6 Europa

Die Europathematik wurde in unterschiedlichen Bearbeitungsmodi in den Seminaren zur Sprache gebracht. Zum einen wurde der europäische Einigungsprozess bzw. die Europapolitik als Kursthema behandelt. Zum anderen gab es Veranstaltungen, in denen in einer Bildungseinheit die entsprechende Kursthematik in europäischer Dimension diskutiert wurde.

Exkursionen nach Brüssel oder Straßburg blieben ein wichtiges Element: Das Erleben von Europäischen Institutionen vor Ort, die Teilnahme an Sitzungen oder Einführungen in der jeweiligen Institution sind hier grundlegender Bestandteil. Diskutiert und bearbeitet wurden weiterhin u. a. Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen des zusammenwachsenden Europas, der europäischen Integration und Demokratie, des Wertepluralismus und der Wahrung kultureller Eigenheit sowie zentrale Querschnittsthemen wie Menschenrechte, der Klimawandel, Millenniums-

ziele und Entwicklungspolitik, etc. Viele Seminare geben dem Subthema „EU-Beitritt der Türkei“ Raum, an dieser Stelle entzündeten sich häufig brisante Diskussionen – hier galt es Vorurteilen entgegenzutreten und die Vielschichtigkeit des Beitritts der Türkei widerzuspiegeln.

Ein wichtiger Aspekt ist und bleibt in diesem Kontext auch der Bereich Partizipation auf europäischer Ebene. Für junge Menschen scheint dies sehr abstrakt und fern zu sein – dies zeigt sich auch in der mangelnden Resonanz zur Europawahl 2009. Politische Bildung muss die Notwendigkeit von Mitwirkung in Europa herausarbeiten.

Einige Europakurse beschäftigten sich mit der Frage nach dem sozialen Europa. Unter anderem wurde hier die EU-Arbeitszeitrichtlinie in den Blick genommen, unterschiedliche Sozialsysteme verglichen und der Blick auf das Europäische Sozialmodell gerichtet. Grundsätzlich wurde die Frage aufgeworfen, wie das Soziale in der europäischen Politik die Bedeutung erhalten kann, wie sie die Ökonomie (Binnenmarkt) genießt. Der christlichen Religion wurde bei der Ausbildung eines sozialen Europas eine zentrale Rolle zu gesprochen. Angemahnt wurde zugleich, im eigenen kirchlichen Verhalten sich selbst an den Solidaritätsansprüchen zu orientieren.

Für viele Teilnehmende brachte ihr europapolitisches Seminar die erste nähere Beschäftigung mit europäischen Fragen. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Anliegen und die europäische Politik eine grundsätzliche Zustimmung erfuhren.

2.2.7 Schwerpunkt:

Arbeit mit Schülervertretungen

Schule bietet als Lebens- und Lernort besondere Chancen, Demokratie zu lernen. Die Arbeit mit Schülervertretungen ist seit vielen Jahren wichtiger Bestandteil der politischen Bildung vieler AKSB-Mitgliedseinrichtungen. Ergebnisse dieser Arbeit wurden bereits in verschiedenen Publikationen vorgestellt. Um das

Partizipation auf europäischer Ebene



Links:
Theaterprojekt zum Thema Europa



Rechts:
Blick in die Schülervertretungsarbeit im Franz Hitze Haus.

vorhandene Potenzial zur Arbeit mit Schülervertretungen innerhalb der AKSB weiter zu nutzen, die Kooperation untereinander und mit den Schulen auszubauen, über die Arbeitsgemeinschaft hinweg das Profil zu stärken und einen Beitrag zur Diskussion um das Verhältnis von Schule und non-formeller Bildung zu leisten, wurden bereits vor einiger Zeit Überlegungen zu einem möglichen AKSB-SV-Projekt angestellt (siehe dazu 3.4, S. 19, SV-Projekt).

Schülervertretungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen

Die Arbeit mit Engagierten in der Schülervertretung blieb auch im vergangenen Jahr konstant. Eine neuere Tendenz ist die zunehmende Schülervertretungs-/Schülermitverantwortungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen, vor allem an Hauptschulen. Diese Schulform wurde in Zusammenhang des Themas „demokratische Schulkultur“ jahrzehntelang eher vergessen. Einige Bildungshäuser versuchen nun verstärkt, auch hier Schulen und Schüler/-innen in der Gremienarbeit durch Maßnahmen außerschulischer politischer Jugendbildung zu unterstützen. Die Schwerpunkte und Themen sind in etwa die gleichen, wie in anderen Schülervertretungsseminaren, deutlich wird aber, dass eine intensivere Auseinandersetzung mit Bereichen wie „Verständnis für Engagement und Mitbestimmung“ notwendig ist. In vielen Bereichen werden den Schüler/-innen an Haupt- und Förderschulen Entscheidungen abgenommen und ihre eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen nicht wahrgenommen. Es ist daher vielen nicht bewusst, dass sie mitentscheiden dürfen und dass ihnen die Fähigkeit hierzu durchaus zugetraut wird. Das Bewusstsein hierfür zu wecken, ist in Seminaren mit diesen Zielgruppen besonders wichtig.

Die AKSB hofft, mit dem geplanten Projekt auch in diesem Bereich weitere Konzepte entwickeln und die Zielgruppe noch besser ansprechen zu können.

2.2.8 Gender Mainstreaming

Als durchaus analog zum sukzessiven Bedeutungsverlust des Schwerpunktes „Geschlechtergerechtigkeit“ in der allgemeinen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Landschaft kann vermutlich das zurückhaltende Angebot von Bildungsmaßnahmen zu diesem Thema angesehen werden. Nur wenige Veranstaltungen wurden hierzu durchgeführt.

Genderaspekte als Prinzipien der Gestaltung von Maßnahmen sind in den Mitgliedseinrichtungen durchgehend, wenn auch in unterschiedlicher

Intensität, im Blick – eine Entwicklung, die seit einigen Jahren in der AKSB zu beobachten ist. Die Kursleitungen beachten Genderfragen in der Organisation und Durchführung, so etwa bei der Besetzung der Leitung, den beteiligten Expert/-innen und Referent/-innen. Inwieweit die Prinzipien des Gender Mainstreaming tatsächlich in den konzeptionellen wie didaktischen Überlegungen berücksichtigt werden, war aus den Berichten nicht immer klar ersichtlich. Generell gibt es kaum dezidiert geschlechtsspezifische Ansätze oder geschlechtshomogene Arbeit, z. B. durch Kleingruppen.

Viele Veranstalter betonen in den Berichten, dass die verschiedenen Geschlechter bzw. deren Ausprägungen keine Rolle im Verlauf des Seminars gespielt hätten. Trotzdem achten einige stark auf das ausgewogene Verhältnis der Redezeit zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmenden, da zum Teil weiterhin höhere Gesprächsanteile von Männern in Diskussionen beobachtet werden. Ein durchaus interessanter Aspekt ist, dass eine Institution für bestimmte Veranstaltungen eine klare Quotenregelung zur Besetzung der Plätze vorsieht: 1/3 der Plätze sind für männliche Teilnehmende reserviert. Eine Veranstaltung im Berichtszeitraum wurde explizit für Frauen ausgeschrieben und so durchgeführt.

Ein interessanter Punkt ist und bleibt in einigen Veranstaltungen das Aufeinandertreffen von jungen Männern mit Migrationshintergrund und deren Auftreten gegenüber weiblichen Leitungspersonen. Hier wird häufig berichtet, dass sich aufgrund kleiner Bemerkungen äußerst produktive Diskussionen entwickeln können.

In zahlreichen Maßnahmen wurden Aspekte von Geschlechtergerechtigkeit thematisch berührt. So wurde in Kursen zu Arbeitswelt und -markt und zur Renten- und Familienpolitik die Benachteiligung von Frauen durch Entlohnungsstrukturen und Sicherungssysteme thematisiert. Diese Tatsache führte dann etwa zur Forderung, bei künftigen Alterssicherungsmodellen zu prüfen, ob die besondere Situation der Frauen berücksichtigt wird. Weiterhin wurde das Thema in Kursen zu Rechts extremismus aufgegriffen: die Szene hat sich ausdifferenziert – nunmehr sind auch vermehrt Mädchen und Frauen diesem Spektrum in erheblichem Maße zugehörig. Auch beim Thema „Kriegskindergeneration“ spielte es eine Rolle: die Söhne übernahmen die Vaterrolle oder leisteten Kriegsdienst, die Töchter

unterstützten ihre Mütter; hier gibt es auch bei gesundheitlichen Langzeitfolgen geschlechtsspezifische Unterschiede.

Gender Mainstreaming wird auch in Seminaren zur Europathematik aufgegriffen, z. B. bei Diskussionen um den Beitritt von Staaten, welche die Rolle der Frau „anders“ definieren bzw. die Gleichstellung nicht als Maxime erachten. Auffällig ist, dass der Frauenanteil des Europaparlaments bei lediglich 30% liegt. Beachtenswert ist jedoch auch, dass in vielen Seminaren, in denen Gender Mainstreaming ein offensichtliches Subthema hätte sein können, kein Bedürfnis der Diskussion bei den Teilnehmenden bestand.

2.3 Erreichte Zielgruppen der BZA

Insgesamt erreichten die Bildungsmaßnahmen der AKSB-Mitglieder wieder eine große Bandbreite an unterschiedlichen Zielgruppen. Wie im Vorjahr wurden dabei insbesondere die jüngste Altersgruppe (bis 27) und die älteste (ab 66) erreicht. Insbesondere die Zielgruppe der 27 bis 53-jährigen kann offenbar nur gewonnen werden, wenn bestimmte Berufsgruppen angesprochen sind, bzw. wenn es sich um Kooperationsveranstaltungen handelt, zu denen der Kooperationspartner die entsprechenden Teilnehmenden „mitbringt“.

Das Spektrum der angesprochenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen reicht über alle Schultypen hinweg und von Sekundarstufe I über Sekundarstufe II hin zu Auszubildenden und Studierenden. In einem beachtlichen Maße wurden Personen erreicht, die in der Bildungsarbeit tätig sind, sei es als Lehrer/-innen an Schulen oder als Fachleute der politischen Bildung. Auch zahlreiche Multiplikator/-innen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich waren präsent. Das lässt darauf schließen, dass durch die Seminare faktisch mehr Personen erreicht wurden als die registrierten Teilnehmer/-innen.

Sehr erfreulich und im Sinne der Option für die Armen ist es, dass gezielt gesellschaftlich benachteiligte Personengruppen, wie z.B. Erwerbslose und Hartz-IV-Empfänger/-innen mit speziellen Angeboten angesprochen und erreicht wurden. Es wurden nicht nur zahlreiche Kurse zur Migrationsthematik durchgeführt, es waren in solchen Veranstaltungen sehr oft Menschen mit Migrationshintergrund präsent.

Auch im vergangenen Jahr haben die Einrichtungen im Wesentlichen Teilnehmende aus den

alten Bundesländern erreicht. Dies ist dadurch bedingt, dass in den neuen Bundesländern nur sehr wenige Einrichtungen existieren, die der AKSB angehören.

2.4 Methodisches Vorgehen und Didaktische Umsetzung in der BZA

Idealtypisch gesprochen gibt es nach den Evaluationsberichten zwei unterschiedliche didaktische Zugänge. Dem einen ist daran gelegen, die zur Verfügung stehende Kurszeit so zu nutzen, dass möglichst viele Inhalte, aus unterschiedlichen Wissensgebieten und dargeboten von Expert/-innen behandelt werden. Methodisch gesehen speist sich ein solches dozenten-orientiertes Setting primär aus Vorträgen und Plenumsdiskussionen. Nach dem anderen Ansatz kommt es darauf an, ein Lernarrangement zu kreieren, durch das die Teilnehmenden die Gelegenheit bekommen, sich die Inhalte selbst anzueignen. Hierbei wird vor allem mit aktivierenden Methoden gearbeitet, die von den Seminargruppen in der Evaluation als belebend, effektiv und lernförderlich wahrgenommen werden.

Beliebt ist generell der Einsatz von Medien, wie Fotos, Videos und Filme. Neben der Inhaltsvermittlung wird damit über die Bilder auch ein emotionaler Zugang zum Thema ermöglicht. Als zurückhaltend kann insgesamt allerdings noch der Einsatz neuer Medien in der Bildungsarbeit bezeichnet werden. Hier wäre durchaus etwas mehr Mut zum Ausprobieren angebracht. Eine Anregung hierzu werden die Beauftragten für didaktische Dokumentation (didado) mit einer Multiplikatorenschulung im Dezember 2009 geben.

Wichtig und bedeutsam in der Bildungsarbeit der Mitgliedseinrichtungen sind nach wie vor unterschiedliche Lernorte. Dies gilt unter anderem für europapolitische Themen, bei denen ein Lernen in Brüssel oder Straßburg als sehr wertvoll eingeschätzt wird. Ähnliches lässt sich in Bezug zu arbeitsweltlichen Themen sagen, bei denen etwa Betriebsbesichtigungen vorgenommen wurden. Insbesondere in Kombination mit Lernorten waren Begegnungen mit authentischen Gesprächspartnern (z.B. Vertreter von Institutionen, Zeitzeugen, Verantwortliche und Entscheidungsträger) eine wichtige Methode.

Guten Zuspruch fanden „Kurzzeitformate“ (Abend-, Halbtagesveranstaltungen) politischer Bildung in den Mitgliedseinrichtungen. Es zeigt sich, dass es gerade in der Erwachsenenbildung eine Reihe entsprechender Veranstaltungen mit

Didaktische Ansätze in der Kursarbeit

Unterschiedliche Lernorte sind wichtig

dezidiert politischen Themen gibt, die aufgrund der förderrechtlichen Problematik bisher nicht in die Evaluation der Arbeit einfließen. Dies könnte sich durch die neue Möglichkeit der Förderung von Seminarreihen wandeln.

2.5 Schlussfolgerungen und Perspektiven

Für die Weiterarbeit der AKSB ergeben sich sowohl inhaltlich und didaktisch, als auch in Bezug auf die Zielgruppen und allgemeinen Rahmenbedingungen Schlussfolgerungen und Perspektiven.

2.5.1 Wichtige Themen

Thematische Herausforderungen für die AKSB Sechs Themenfelder sollen benannt werden, in denen sowohl aus objektiven gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen als auch aus subjektiver Fortbildungsbereitschaft Herausforderungen für katholisch-soziale politische Bildung wahrgenommen werden.

- Der Klimawandel und seine dramatischen geopolitischen Auswirkungen sind nach wie vor ein wichtiges Thema in der veröffentlichten Meinung wie auch an den Stammtischen. Damit ist „das Feld gedüngt“ für eine signifikante Lernbereitschaft, denn es besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Orientierungswissen, zum Beispiel über sinn- und wirkungsvolle Maßnahmen zur Abwendung einer Klimakatastrophe. Bisher taucht das Thema in Bildungsmaßnahmen der AKSB noch relativ wenig auf.
- Die fortschreitende Globalisierung erzeugt bei vielen Menschen ein Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins an machtvolle und undurchschaubare Strukturen und Prozesse. Hierzu wäre die Regionalentwicklung für die katholisch-soziale Bildung ein interessantes Betätigungsfeld, denn diese ist nach wie vor ein wichtiger Trend; es werden dazu zahlreiche Aktivitäten unternommen. Für die interventionsbereiten Bürger/innen sind dort durch den un-

mittelbareren Bezug zu den Akteuren mehr Einflussmöglichkeiten vorhanden als auf der dem eigenen Lebensumfeld fernem globalen Ebene.

- Möglicherweise bietet die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise noch ganz andere Chancen für Bildungsdienstleistungen katholisch-sozialer Provenienz. Die Krise hat deutlich vor Augen geführt, dass eine kapitalorientierte Wirtschaftsweise für Mensch und Umwelt als zerstörerisch erweist. Der Suchprozess nach guten Alternativen ist eine Steilvorlage für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung.
- Der demografische Wandel ist ein weiteres Zukunftsthema für die politische Bildung. Dessen Auswirkungen auf das intergenerative Zusammenleben in den kommenden Jahrzehnten sind noch zu wenig bekannt. Für die katholisch-soziale politische Bildung besteht hier die Chance, für die Folgewirkungen dieser Entwicklung zu sensibilisieren und dabei gleichzeitig Überzeichnungen entgegenzuwirken.
- Es ist zu fragen, ob bei den gegenwärtigen globalen Entwicklungen, die gekennzeichnet sind von Internationalisierung und Migrationsbewegungen, das Prinzip des Gender Mainstreaming nicht zu ergänzen wäre im Sinne eines „Diversity Mainstreaming“.
- Die stagnierende bis zurückgehende Bereitschaft der (jungen) Menschen, sich aktiv partizipierend in diese Demokratie und die sie tragende Gesellschaft einzubringen, birgt Herausforderungen für unsere Bildungsarbeit. Vielen scheint die solidarische Wahrnehmung und Vertretung der eigenen Rechte im höchsten Maße unattraktiv. Partizipation und Demokratie bleiben nach wie vor wichtige Themen unserer Bildungsarbeit.

Summa summarum hat ein erfreuliches Spektrum an gesellschaftspolitischen Diskursfeldern

ihren Niederschlag in der Bildungsarbeit der AKSB gefunden. Perspektivisch besteht nach wie vor die Frage, wie in der politischen Bildung neue und für die Gesellschaft besonders relevante Themen generiert und attraktiv angeboten werden können. Hier eine gute Balance zwischen Erprobtem und Bewährtem auf der einen, Innovativem und Aktuellem auf der anderen Seite zu finden, bleibt als Aufgabe bestehen.

2.5.2 Konsequenzen für die Zielgruppenarbeit

Es ist zu beobachten, dass die Grenzen zwischen den Domänen der politischen Jugendbildung und der Erwachsenenbildung mehr und mehr verschwimmen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits erreicht die politische Jugendbildung schon immer mehr ältere als jüngere Jugendliche. Andererseits kann die Arbeit mit jungen Erwachsenen auch aus dem Programm der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert werden. In der Systematik der AKSB werden bpb-geförderte Veranstaltungen automatisch der Auswertung im Rahmen der Erwachsenenbildung zugeführt, wenngleich sie nach Anlage, Zielen, Methoden, Kooperationspartnern und anderen Kriterien eindeutig Kurse der politischen Jugendbildung sind. Die AKSB muss hier überlegen, wie sie als Arbeitsgemeinschaft mit dieser Entwicklung umgehen kann und will.

Der Austausch über die Rahmenbedingungen der Kurse in der politischen Bildung mit ‚bildungsfernen‘ Zielgruppen muss stärker geführt werden. Die bisherigen Erfahrungen ermutigen, sich stärker dieser Zielgruppe zuzuwenden. Es sind diesbezüglich Veränderungen und Innovationen in der Fachdidaktik und Methodik zu überdenken. Kritisch zu prüfen dabei auch, inwieweit klassische Kursformate die Zielgruppe ausschließen und sie so erst zu ‚bildungsfernen‘ stigmatisiert.

Außerdem bleibt zu fragen, ob und wie die Gruppe der bisher in den Bildungsmaßnahmen

unterrepräsentierten 28 bis 65-jährigen besser erreicht werden kann. Die Tatsache, dass die politische Erwachsenenbildung in besonderem Maße die Zielgruppe der Senioren erreicht, ist ein Trend der sich seit einigen Jahren stabilisiert. Daher wird es ggf. notwendig, Veranstaltungen mit Senioren zusätzlich eigens zu evaluieren. Das erscheint in Anbetracht des demographischen Wandels und des Bedeutungszuwachses dieser Zielgruppe sinnvoll. Stärker diskutiert werden muss zudem die Gestaltung von Kooperationen. Viele Seminare der Jugendbildung, aber zunehmend auch der Erwachsenenbildung, werden in Kooperation mit anderen Organisationen und Einrichtungen durchgeführt. Hier sind die Standards für eine gelungene Zusammenarbeit zu diskutieren und zu beschreiben.

2.5.3 Rahmenbedingungen

Die bisher geleistete Fortbildungsarbeit seitens der AKSB in Form von Fachtagungen, der Vermittlung hochkarätiger Referenten oder expliziter spezifischer Fortbildungsangebote (wie beispielsweise zu neuen Medien der didado-Stellen) ist unverzichtbar und wichtiger Baustein des fachlichen Austauschs und der Weiterentwicklung.

Die Diskussion um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) muss auch in der non-formalen politischen Bildung geführt werden. Es ist zwar derzeit keine Einbindung der hier zu erwerbenden Kompetenzen in den DQR geplant, trotzdem muss die Profession deutlich machen, welche Fähigkeiten sie vermittelt. Der Bundesausschuss politische Bildung (bap) stellt sich dieser Aufgabe.

Die Erfahrungen mit kurzzeitigen Formaten (z.B. Seminarreihen als Abendveranstaltungen) muss analysiert werden. Offensichtlich finden solche Formate wieder Zuspruch. Dabei sollten Stärken und Schwächen kurzzeitiger Formate, auch im Blick auf Nachhaltigkeit des Lernerfolges, differenziert betrachtet werden.

Herausforderungen des demographischen Wandels

Diskussion um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)

Linke und rechte Seite: Unterschiedliche didaktische Methoden in der AKSB-Bildungsarbeit



>>> 3. AKSB-Projektarbeit

Durch die AKSB-Projektvorhaben konnten sich weitere Mitgliedseinrichtungen in die Bildungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft einbringen. Sie bekamen über die AKSB-Geschäftsstelle neue Partner in den Projekt-Kooperationen vermittelt. Aufbauend auf diese Vermittlungen können die Mitgliedseinrichtungen initiativ ihre Bildungsangebote den Bedingungen und Bedürfnissen der neuen Partner anpassen und entgegenkommen.

3.1 Projekt European InfoNet Adult Education

Zweite Projektphase für European InfoNet

Das Grundtvig-Projekt European InfoNet Adult Education befindet sich seit Oktober 2008 in seiner zweiten Projektphase. Neben dem weiteren Ausbau des europäischen Netzwerkes und der Informationsagentur, die über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Erwachsenenbildung aus europäischen Ländern und der EU-Ebene berichtet, steht die Konsolidierung der bisherigen Strukturen und Überlegungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Vorhabens auf der Projektagenda. Seitens des Projektträgers, der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), und des Projektkoordinators Dr. Michael Sommer von der Akademie Klausenhof wurde hierzu eine Task Force Sustainability organisiert, an der auch die AKSB-Geschäftsführung und das Europabüro Brüssel, neben ihrer Verantwortung in der Steuerungsgruppe, beteiligt sind. In diesem Rahmen hat das Europabüro eine Machbarkeitsstudie zur Berichterstattung über Projekte.

Darüber hinaus ist die AKSB durch den Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Markus Schuck, vertreten. Dieser arbeitet als Berater für die Arbeitsgruppe Marketing und hat hierzu Eckpunkte für eine umfassende Marketingstrategie erarbeitet. Als Korrespondent wirkt AKSB-Projektreferent Dr. Stefan Baumeister bei der Erstellung des InfoLetters mit, dem Newsletter des Netzwerks.

Seit Beginn der zweiten Projektphase konnten weitere Korrespondenten aus europäischen Ländern für eine Mitarbeit gewonnen werden, die als Akteure und Experten oder als Journalisten im Themenbereich der Erwachsenenbildung InfoNet II bereichern. Aktuell sind für InfoNet II nun 27 Korrespondenten aus 22 Ländern aktiv. Für den Newsletter haben sich 2300 Abonnenten registriert. 30 Partner-

organisationen aus 17 Ländern sind zugleich Kennzeichen für ein erfolgreiches Netzwerk in der Europäischen Union.

Interessenten für den InfoLetter können sich auf der AKSB-Homepage für den Bezug unter www.aksb.de > Newsletter > InfoNet Adult Education anmelden.

3.2 Projekt Kooperation mit Bundeswehr und Militärseelsorge

Die AKSB hat 2009 ihre Kooperation sowohl mit der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung als auch mit der katholischen Militärseelsorge erfolgreich festigen können. Bei zahlreichen Gelegenheiten war die AKSB eingeladen, ihre Angebote für Tages- und Mehrtagesseminare und spezielle Bildungsfahrten für die Truppe vor Ort zu präsentieren und ihre Mitgliedseinrichtungen zu bewerben. Ein Drittel aller AKSB-Mitgliedseinrichtungen sind in diesem Kooperationsprojekt beteiligt, das in der AKSB-Geschäftsstelle durch Dr. Stefan Baumeister koordiniert wird. Durch die große Anzahl an Projektbeteiligten können der Bundeswehr ganz unterschiedliche Kompetenzen und dadurch Seminartitel und Veranstaltungen angeboten werden, welche die gesamte Bandbreite der erforderlichen Themenschwerpunkte für die Politische Bildung in der Bundeswehr darstellen.

Die Verantwortlichen in der Bundeswehr können sich über das von der bpb initiierte Netzwerk politische Bildung in der Bundeswehr an kompetente Träger wenden. Die AKSB ist Mitglied im Netzwerk und übernimmt zentral die Bewerbung und Vermittlung von Anfragen der Bundeswehr für ausgewählte Mitgliedseinrichtungen. In diesem Sinne konnten auch 2009 der Truppe vor Ort die Zusammenarbeit mit AKSB-Mitgliedern empfohlen und Bildungsveranstaltungen und Exkursionen realisiert werden.

Aus der Kooperation mit der Katholischen Militärseelsorge hat die AKSB neben dem Engagement bei Exerzitien, Werkwochen oder auch Familienveranstaltungen ein neues Projekt im Schwerpunktangebot „Lebenskundlicher Unterricht (LKU)“ entwickelt. Aufgrund einer neuen Dienstvorschrift aus dem Bundesverteidigungsministerium zum LKU wurde die katholische und evangelische Militärseelsorge seit Anfang 2009 verpflichtet, jedem Soldaten/jeder Sol-

datin jährlich LKU im Umfang von drei Tagen zu ermöglichen. Bereits im Jahr 2008 haben AKSB-Bildungsträger und die Katholische Militärseelsorge (Katholisches Militärbischofsamt, KMBA) LKU-Veranstaltungen gemeinsam erfolgreich durchgeführt. Deshalb wurde unter Federführung der AKSB in Zusammenarbeit mit der Dachorganisation der katholischen Erwachsenenbildung, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) das Projekt „Lebenskundlicher Unterricht“ (LKU) begonnen und bei der AKSB eine eigene Servicestelle eingerichtet, die zentrale Ansprechpartnerin für alle mit dem Projekt zusammenhängenden Fragen ist.

Bei der Kooperationskonferenz Bundeswehr und Katholische Militärseelsorge war die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) zu Gast. Jörg Hilgert, stv. Abteilungsleiter Betreuung und Fachreferent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Martina Müller, Fachreferentin Familienarbeit, informierten über die Zielsetzungen und Arbeitsfelder der KAS sowie Möglichkeiten und Themen für eine Zusammenarbeit im Seminarbereich und den Bedarf an bundesweiter Infrastruktur. Die KAS möchte ihre Angebote für Soldat/-innen ausbauen und hofft, spezifische Kompetenzen verschiedener AKSB-Mitglieder bei Themen wie etwa Trennungszeit aufgrund Auslandseinsatz, Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), Hilfe für Angehörige, Umgang mit Angst, Verwundung und Tod einsetzen zu können. Die AKSB strebt eine institutionalisierte Partnerschaft mit der KAS für die Zukunft an, da es viele Schnittstellen gibt.

3.3 Projekt Kooperation mit der Polizei- und Bundespolizei-seelsorge

Ausgewählte Bildungseinrichtungen der AKSB arbeiten mit der Seelsorge der Polizei des Bundes und der Länder zusammen. Gemeinsam mit den Seelsorgern werden Seminare zu sowohl aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, zu Ethik- und Wertevermittlung als auch polizeispezifische Veranstaltungen durchgeführt. Dabei werden soziale und seelsorgliche Anliegen, Themen der politischen Bildung sowie Fragen des gesellschaftlichen Werte- und Normenkanons in Bezug auf den Polizeidienst aufgegriffen. Bei der Polizei-seelsorge NRW konnte Dr. Stefan Baumeister sich über den Bedarf und die aktuellen Themenfelder der Polizei-seelsorge NRW aus erster Hand informieren. Mit Pastoralreferent Dr. theol. Michael Arnemann, Lehrbeauftrag-

ter für Ethik und Seelsorger beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW Selm (Bork) wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert. Auch bei der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Polizei-seelsorge (BAG Polizei-seelsorge) im Marcel-Callo-Haus in Thüringen und der Gesamtseelsorgerkonferenz der Seelsorge der Bundespolizei in Pullach war die AKSB eingeladen. Langfristig sollen zu allen Seelsorgeeinheiten der Polizeien der Bundesländer Kontakte aufgenommen werden.

3.4 SV-Projekt

Die Arbeit mit und für Schülervertretungen beschäftigt seit Jahren viele Mitgliedseinrichtungen der AKSB. Pro Jahr werden mehr als 30 Seminare der politischen Bildung für junge Menschen, die sich als gewählte Vertreter/-innen oder ehrenamtlich in der Schülervertretung engagieren, angeboten und durchgeführt. Dabei arbeiten die Mitgliedseinrichtungen mit über 60 Schulen verschiedenster Form zusammen. Inhaltliche Grundlagen der Bildungsarbeit der AKSB Einrichtungen im Bereich der SV finden sich im AKSB-Dossier „Politische Bildung für Engagierte in der Schülervertretung“. Die Arbeit und die Erfahrungen der Einrichtungen wurden in der Publikation „Außerschulische Bildung für innerschulische Demokratie“ dokumentiert und im COMENIUS-Projekt „Training teachers to enhance pupils' representation in Europe“ auch auf europäischer Ebene bearbeitet.

Um die Zusammenarbeit in der AKSB hierzu zu intensivieren und eine Weiterentwicklung der Bildungskonzepte voranzutreiben, sind Vorbereitungen zu einem eigenen Projekt begonnen worden. Bei einem ersten SV-Workshoptag der AKSB im Januar in Frankfurt hatten sich alle beteiligten Einrichtungen für die Ausarbeitung eines entsprechenden Projektantrages ausgesprochen. Zunächst sollte eine Recherche zu den bisherigen Erfahrungen der Mitgliedseinrichtungen erfolgen und weitere Träger der Arbeit sowie deren Formate identifiziert werden. Aus diesen Ergebnissen und den beim Workshoptag zusammengetragenen Ideen werden derzeit ein Projektantrag erstellt und mögliche Fördergeber identifiziert. Die Geschäftsstelle führt dazu zurzeit die vertiefte Recherche durch und analysiert den Stand der Bildungsarbeit in diesem Feld. Für das Jahr 2010 ist dann der Start des Projekts vorgesehen.

Intensivierung der Zusammenarbeit zur SV-Arbeit

3.5 Weitere Projektüberlegungen

Die AKSB unterstützt ein Projekt des Haus am Maiberg, das im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischer politischer Bildung angesiedelt ist. Für das Projekt „Politische Compassion“ wird davon ausgegangen, dass ein soziales Praktikum im Rahmen von Service-Learning oder Compassion-Projekten, wie sie von vielen Schulen angeboten werden, eine Fülle von Fragen aufwirft, die auch politisch reflektiert werden können und sollten. Zu nennen wären etwa der demographische Wandel, Armut und Reichtum, Stand und Zukunft der sozialen Sicherheit und der Sozialsysteme, Globalisierung, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, kommunale Politik, Zivilgesellschaft und Sozialverbände und weitere denkbare Themen. Durch Seminare zur Vor- und Nachbereitung der Praktika sollen Orte, Räume und Zeiten für entsprechende Reflexionen geschaffen werden. Im Rahmen von gemeinsamen Tagungen und Weiterbildungsangeboten sollen darüber hinaus die vor Ort mit der Begleitung beauftragten Lehrerinnen und Lehrer einbezogen und entsprechend fortgebildet werden. Der Projektantrag ist formuliert und wird nun in der Steuerungsgruppe, in der die AKSB durch Ulrike Leikhof vertreten ist, abgestimmt. Es ist zu hoffen, dass das Projekt im Jahr 2010 starten kann.

Weitere Ideen und Initiativen zu Projekten konnten aus Gründen mangelnder Ressourcen und Zeit nicht verfolgt werden.

Links:
Korrespondententreffen
von European InfoNet
in Schweden



Rechts:
AKSB intensiviert die
Kooperation mit der
Bundespolizei



>>> 4. Kooperationen

4.1 BAP – GEMINI

bap

Die Mitwirkung in und Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuss politische Bildung (bap) dient der AKSB zum fachlichen Austausch über Entwicklungen der Profession und zu einer kontinuierlichen gezielten Lobbyarbeit. Die Bemühungen der vergangenen Jahre eine stärkere Präsenz für die politische Bildung zu ermöglichen, haben endlich Früchte getragen. Wie unter Punkt 1.2, Seite 4 dargelegt, konnte erstmalig ein Preis Politische Bildung verliehen werden. Ein Trendbericht ist in Vorbereitung. Der regelmäßig per Email versendete bap-Newsletter vermittelt mit steigendem Interesse einer breiten Fachöffentlichkeit Ergebnisse und Entwicklungen der politischen Bildung. Die bap Fachzeitschrift „Praxis politische Bildung“ erfreut sich weiter eines großen Interesses. Mit den Grundsatfragen politischer Bildung beschäftigt sich ein eigener Arbeitskreis, der versucht herauszuarbeiten, welche Kompetenzen mit der politischen Bildung erworben werden können. Damit soll Anschluss an die Diskussionen zum Deutschen Qualifikationsrahmen gefunden werden.

Mit einem Trendbericht Politische Bildung will der bap in Zukunft alle zwei Jahre Ergebnisse und Stärken politischer Bildung in verständlicher und ansprechender Form einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Die Publikation soll im nächsten Jahr erscheinen.

Aktiv beteiligte sich die AKSB an der langen Nacht der Demokratie am 23. Mai in Bonn, bei der zahlreiche Akteure der politischen Bildung den 60. Geburtstag des Grundgesetzes feierten. Initiatoren dieser Großveranstaltung waren die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Bundesausschuss Politische Bildung (bap). Gemeinsam mit dem Kolpingwerk Deutschland führte die AKSB eine Podiumsdiskussion

im Bundespresseamt durch. Trotz zahlreicher Parallelveranstaltungen im ehemaligen Regierungsviertel verfolgten über 60 Personen die Diskussion mit Bundestagskandidaten und der Bundestagskandidatin aus Bonn und der Region. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragen zur sozialen Sicherung und zur Bedeutung der politischen Bildung für das gesellschaftliche Leben in Deutschland.

GEMINI

Eine besondere Kooperationsstruktur verbindet die AKSB mit den bundeszentralen Trägern der politischen Jugendbildung im Rahmen von GEMINI, der gemeinsamen Initiative. Die Zusammenarbeit dient vor allem zum regelmäßigen Austausch über jugendpolitische Entwicklungen und Vorhaben der Bundesregierung. Im Jahr 2009 wurden keine gemeinsamen Projekte gestartet. Koordinator der Zusammenarbeit ist der Vertreter der Evangelischen Trägergruppe (ET), Klaus Waldmann.

4.2 Zusammenarbeit in der katholischen Kirche

Die AKSB ist als katholische Fachorganisation der politischen Bildung eng mit verschiedenen Einrichtungen der katholischen Kirche verbunden, die von ihrer Aufgabenstellung mit Bildungsfragen befasst sind. In vielfältiger Form arbeitet die AKSB in der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) mit. Ihr Vorsitzender Dr. Alois Becker ist im Vorstand vertreten und wurde im Juni 2009 zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Auf Ebene der Geschäftsführungen erfolgt ein regelmäßiger Austausch zu gemeinsamen Arbeitsfeldern und interessierenden Fragen. Ab dem Jahr 2010 übernimmt der AKSB-Rechtsträger die

*Beteiligung an der
„langen Nacht der
Demokratie“*

*Enge Verbindung mit
Einrichtungen der
katholischen Kirche*



Alle Podiumsteilnehmer in der langen Nacht der Demokratie zogen in den neuen Bundestag ein: (v.l.n.r.) Ulrich Kelber (SPD), Katja Dörner (Bündnis 90 / Die Grünen), Detlef Seif (CDU), Johannes Vogel (FDP).

Sachbearbeitung von bpb-Förderanträgen. In Projekten wie Europabüro, European InfoNet for Adult Education und Lebenskundlicher Unterricht (LKU) wird zusammengearbeitet.

Thematische Zusammenarbeit mit der KBE

Die AKSB möchte die thematische Zusammenarbeit auf weitere Felder ausdehnen und dabei die spezifischen Aspekte der politischen Bildung einbringen. Solche Felder könnten sein: Interkulturelle und interreligiöse Fragen, Migration und Integration, Bildungsarbeit mit Senioren und intergenerationeller Dialog, bürgerschaftliches Engagement, Globale Lebenswelten, Medienkompetenz sowie Wertebildung und -erziehung. Die in der letzten KBE-Mitgliederversammlung beschlossene Satzungsänderung kann hier Anstoß sein, eingefahrene Bahnen zu verlassen.

Mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) besteht ein enger Arbeitskontakt, der auch in einer eigenen Kooperationsvereinbarung längerfristig festgelegt ist.

Im Hinblick auf die Vertretung der Anliegen der katholischen Jugendhilfe auf Bundesebene war der „Trägerkreis“ besonders hilfreich. Dieser umfasst alle bundesweit tätigen Träger der katholischen Jugendhilfe unter Einschluss des Katholischen Büros in Berlin. In ihm werden regelmäßig jugendpolitische Fragen bundesweiter Bedeutung erörtert und abgestimmt. Seit Sommer 2009 wird dieser Kreis von der BDKJ-Vorsitzenden Ursula Fehling und dem AKSB-Geschäftsführer koordiniert. In Bezug auf europäische Fragen wurde ein Brüsseler Club gegründet, der von der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) federführend organisiert wird. Mit weiteren kirchlichen Stellen, die mit den Fragen der Bildungsarbeit der AKSB im Zusammenhang stehen, wird regelmäßig Kontakt gepflegt (vgl. Anhang).

4.3 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Zu den Aufgaben des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung (kurz: Europabüro) in Brüssel mit Sitz in den Räumen der deutschsprachigen katholischen Gemeinde gehören grundsätzlich Information und Monitoring über europäische Bildungspolitik und die Entwicklung der Förderprogramme der EU sowie Lobbying und Präsenz in Brüssel und die Interessenvertretung des Katholischen Netzwerks Jugend in Europa (Rete Juventutis RJ). Als Träger fungieren die Deutsche Katholische Erwachsenenbildung (KBE, Landes- und Diözesanarbeitsgemeinschaften), die Arbeits-

gemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) und die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) / Jugendhaus Düsseldorf. Die Europäische Föderation der katholischen Erwachsenenbildung (FEECA) stieg Ende Juni 2009 aus der Trägerschaft des Büros aus. Da die Finanzierung des Europabüros langfristig neu geplant werden muss, ist die Form der Fortführung dieser Vor-Ort-Vertretung in Brüssel ab 2010 noch entgültig zu bestimmen.

Referentin vor Ort ist Simone Kaufhold. Von Juni bis August konnte Sarah Allenstein im Rahmen ihres Studiums „European Studies“ ein freiwilliges Praktikum im Europabüro leisten.

Seit 2008 konnten die Kontakte des Büros zum Kreis der christlichen Vertreter in Brüssel sowie zu den im Bereich der Bildung tätigen Nicht-Regierungsorganisationen und zu den verschiedenen Europäischen Institutionen und Beratergremien wieder belebt und ausgebaut werden.

Das Europabüro erstellt neben seiner Website www.cathoyouthadult.org einen Newsletter mit aktuellen Informationen auf europäischer Ebene zu Themen der Bildungsarbeit, der alle zwei Monate versendet wird. Interessierte können sich auf der Homepage der AKSB hierfür registrieren. Das Europabüro ist im Grundtvig-Projekt European InfoNet Adult Education in der Verlängerungsphase InfoNet II Mitglied der Steuerungsgruppe und als Korrespondent für EU-Angelegenheiten tätig. Es ist zuständig in Brüssel für die Kontakte zu Personen auf europäischer Ebene und war 2009 insbesondere zu Überlegungen der Nachhaltigkeit des Projektes eingebunden, in denen es eine Machbarkeitsstudie zur Projektverbreitung erstellte.

Das Büro wird von Mitgliedern der Träger für die Unterstützung und der Suche nach geeigneten Förderprogrammen in Anspruch genommen. Bei Anträgen und Entwürfen für europäische Projekte leistet das Büro Unterstützung und vermittelt Referenten aus dem EU-Bereich für Vorträge und Veranstaltungen.

Der neue strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa werden die Prioritäten in den Förderprogrammen verändern. Die kommenden drei Europäischen Themenjahre sind für katholische Träger

von besonderem Interesse: 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, 2011 wird das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit und 2012 voraussichtlich das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der intergenerationellen Solidarität.

Zwischen dem Europabüro und Trägern vor Ort haben 2009 Gespräche mit der Zielsetzung der Bestandsaufnahme und der Bedarfsermittlung zu Fragen und Themen der europäischen Bildungspolitik stattgefunden. Es wurde eruiert, welche Förderungsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene in Anspruch genommen werden und welche Unterstützung beim Zugang zu diesen Fördermitteln angeboten werden kann/sollte. Gleichzeitig wurden von den Partnern die folgenden europäischen Themen genannt, die auch auf EU-Ebene diskutiert und welche von den Partnern aufgegriffen werden: Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) und die Entwicklung der nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) sowie die damit zusammenhängende Kompetenzdebatte (Aufwertung der nicht-formalen Bildung ohne Erfolgsmessung), (Grenzüberschreitende) Mobilität, Alphabetisierung / Förderung von Schlüsselkompetenzen, Migration, Freiwilligenarbeit, Partizipation und aktive Bürgerschaft.

Rückmeldungen ergaben sich aber auch zu den Problemlagen in der europäischen Arbeit der Träger. Die Vielzahl der Themen aus der EU-Debatte in den Bereichen Jugendarbeit und Bildung sind auf nationaler Ebene schwierig zu behandeln. Dieses ist auch von der EU erkannt worden, daher fordert der Rat, insbesondere die deutsche Delegation, einen stärkeren Fokus auf Kernthemen. Zum Problem der Fremdsprache bei der Partnersuche für europäische Projekte sowie bei der Antragsstellung für europäische Fördergelder kann das Europabüro Unterstützung anbieten bei allen fremdsprachlichen Barrieren bezüglich der Antragsstellung oder der Kontaktaufnahme zu potentiellen Projektpartnern. Zudem wird im EU-Alltag eine Fachsprache verwendet. Die Begrifflichkeiten in den Förderanträgen sind häufig kompliziert und nicht immer eindeutig, z.B. wozu sich Antragssteller im Einzelnen verpflichten müssen. Ein großes Problem bei europäischen Ausschreibungen sind die sehr kurzen Ausschreibungs-Fristen, die eine große administrative Herausforderung darstellen. Hier kann das Büro verstärkt auf niedrigschwellige Förderprogramme hinweisen, und den Austausch von guter Praxis im Bereich der Antragsstellung vorantreiben.

Aus allen Gesprächen hat sich die Forderung ergeben, dass europäische Themen zielgerichtet aufgearbeitet werden müssen, um die Relevanz für die Partner zu verdeutlichen. Interesse wurde an der Unterstützung bei der Suche nach „verlässlichen“ europäischen Partnern geäußert. Das Europabüro kann in diesem Bereich verstärkt seine Kontakte in Brüssel nutzen bzw. die zahlreich vorhandenen Informationen hierzu noch gezielter aufarbeiten.

4.4 Deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch (DPJW)

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit gehört seit langem zu den Schwerpunkten der AKSB-Arbeit und wird im Zusammenhang mit der europäischen Zusammenarbeit besonders gepflegt. Neben den AKSB-Mitgliedereinrichtungen sind als besonderer Service der AKSB als Zentralstelle für öffentliche Mittel auch die katholischen Schulen aktiv beteiligt. Die jährlich zusammen mit dem Jugendhaus Düsseldorf e.V. durchgeführten Weiterbildungskonferenzen sind ein fruchtbarer Ort des Erfahrungsaustausches für alle engagierten katholischen Träger. Im Jahr 2009 war das Hauptthema der Veranstaltung die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte. Weiterhin unterstützt die AKSB die Tätigkeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) durch die Mitwirkung in verschiedenen Gremien (u.a. AG Richtlinien).

4.5 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Die Fragen der globalen Entwicklungen und die dafür erforderlichen Perspektiven sind nicht nur Thema der AKSB-Konvention. In den Veranstaltungen, die aus Mitteln des BMZ gefördert werden, finden sie seit 2009 verstärkte Berücksichtigung. Dank dieser gegenüber der Vorjahr verstärkt zur Verfügung stehenden Mittel ist es nicht nur möglich, neue Zielgruppen für die Entwicklungspolitik zu interessieren, sondern die Palette der derzeit in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit relevanten Themen in Seminare und Tagungen diskursiv zu erörtern und die politischen Ansätze weiter zu entwickeln. Für das Jahr 2010 ist vorgesehen, diesen Ansatz gemeinsam mit Partnern aus der katholischen Arbeit im entwicklungspolitischen Sektor auszubauen. Anstoß dafür geben die Ergebnisse der kürzlich fertiggestellten Studie der Bischofskonferenz zur Zukunft der weltkirchlichen Arbeit in Deutschland.

Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Geschichte

Neue Zielgruppen im Bereich Entwicklungspolitik

Wichtige Interessensvertretung und Informationsquelle in Brüssel

>>> 5. AKSB-Vorstand und AKSB-Geschäftsstelle

5.1 Arbeit des AKSB-Vorstands

In der Mitgliederversammlung 2008 wurde Dr. Alois Becker für eine weitere Amtsperiode von drei Jahren zum Vorsitzenden gewählt. Der AKSB-Vorstand tagte im Laufe des Jahres insgesamt viermal. Schwerpunkte seiner Beratungen waren vor allem die Weiterarbeit an der Konvention, die Entscheidungen über die Projektarbeit zum Lebenskundlichen Unterricht (LKU), zur SV-Arbeit sowie zur politischen Compassion und das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Im Rahmen der Beratungen zu den laufenden AKSB-Angelegenheiten wurde regelmäßig die Bundeszentrale Zusammenarbeit (BZA) ausgewertet und nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht. Als Konsequenz dieser Analyse werden im kommenden Jahr einige Fachgruppen-Konferenzen parallel am gleichen Ort durchgeführt, um den Austausch untereinander zu verbessern. Im Jahr 2010 soll die Analyse noch weiter fortgeführt werden. Weiterhin wurden einzelne Arbeitsbereiche der Geschäftsstelle erörtert und überprüft, wo Optimierungsbedarf besteht. Damit soll sichergestellt werden, dass die AKSB-Geschäftsstelle auch in Zukunft kompetente und effiziente Dienstleistungen für die Arbeitsgemeinschaft erbringen kann. Dauerthema war die Förderentwicklung und die Vertretungs- und Lobbyfunktion der Arbeitsgemeinschaft.

Mit dem Ablauf der Amtsperiode mit der Mitgliederversammlung 2009 scheidet Pater Tobias Karcher SJ als stellvertretender Vorsitzender aus, da er für seinen Orden eine neue Aufgabe als Leiter des Lasalle-Hauses in der Schweiz übernommen hat.

5.2 Aufgaben der AKSB-Geschäftsstelle

Im Bereich politische Bildung und Bildungssätze der Sozialethik liegt die Kernkompetenz

der Geschäftsstelle. Sie richtet ihre Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und zukünftige Entwicklungen der Bildungsarbeit aus. Durch die Bereitstellung von fachlich qualifizierten Informationen und Beratungsleistungen ergeben sich Hilfestellungen bei der Gestaltung von politischer Bildung in inhaltlicher, organisatorischer oder finanzieller Hinsicht.

Die Geschäftsstelle sorgt für die Organisation des fachlichen Austausches, der Dokumentierung der Ergebnisse und Präsentation der Arbeit in der Fachöffentlichkeit sowie der politischen Öffentlichkeit, und ermöglicht Netzwerkbildung, und Vertretung der Arbeit gegenüber Dritten auf nationaler und internationaler Ebene.

Die Arbeit ist geprägt von den Kennzeichen hoher Fachlichkeit, Zuverlässigkeit, und Kontinuität in der Verfolgung von Arbeitsvorhaben. Die Arbeit deckt eine Vielzahl von Themen, Zielgruppen und Formaten ab. Durch die Vernetzung nach innen und außen können vielfältige Ressourcen einbezogen und auf gemeinsame Ziele hin orientiert werden, was eine hohe Breitenwirkung ermöglicht. Die Spezialisierung von Mitgliedern ermöglicht für Teilbereiche eine Profilierung dieser Einrichtungen, die auch der Gemeinschaft zu gute kommt. Mit der Grundaufgabe Präsenz und Lobbyarbeit vertritt die Geschäftsstelle die Anliegen der Arbeitsgemeinschaft an geeigneten Stellen. Im Folgenden wird schwerpunktmäßig auf diese Grundaufgaben eingegangen.

5.2.1 Grundaufgabe: Vermittlung von Zuwendungen

Der Rechtsträger der AKSB, der Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., übernimmt zugleich die Aufgaben einer Zentral-

stelle. Als solcher steht er zwischen den Zuwendungsgebern auf der einen Seite und den Mitglieder und Trägern politischer Bildung auf der anderen Seite. Die Zentralstelle versteht sich als kompetente Ansprechpartnerin für beide, schwerpunktmäßig aber als Dienstleisterin, der die Träger darin unterstützt, Zuwendungen in den Förderprogrammen

- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (KJP: Politische Bildung, Junge Menschen mit Behinderungen, Internationale Jugendarbeit),
- des Bundesministeriums des Innern (Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung durch die bpb, Förderung der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs),
- des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW: außerschulischer Jugendaustausch und Schüleraustausch),
- des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ: entwicklungspolitische Bildung)

zu erhalten. Hinzu kommen einzelne Projektförderungen bei verschiedenen Zuwendungsgebern. Diese Aufgaben werden koordiniert von Ute Stolz in ihrer Funktion als Abteilungsleiterin für Förderung/Finanzen.

Ergänzend zur politischen Außenvertretung hält die Zentralstelle Kontakt mit der Arbeitsebene/Sachbearbeitung sowohl in den Ministerien wie auch in den beauftragten Behörden und Einrichtungen (Bundesverwaltungsamt, ConAct, Tandem, Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch etc.).

Die Mittelbewirtschaftung in der Zentralstelle reicht von der Jahresausschreibung in den Förderprogrammen, Fertigung des

Jahres(sammel)antrages, Überprüfung der Bewilligungsbescheide und Verteilung und Weiterleitung der Fördermittel über den privatrechtlichen Vertrag, Auszahlung der Zuschüsse, Prüfung der Verwendungsnachweise bis hin zum Gesamtnachweis für den Zuschussgeber und die Fertigung von Berichten. Die Mitarbeitenden der Zentralstelle stehen den Trägern in jeder Phase des Antrages oder des Nachweises mit praktischen wie fachlichen Auskünften zur Seite, insbesondere bei zuwendungsrechtlichen Fragen.

Spezielle Anliegen der Träger werden in den wöchentlichen Abstimmungsgesprächen unter allen Beteiligten in der Kursbearbeitung diskutiert und entschieden. Die Ergebnisse fließen regelmäßig in die Merkblätter (aktuell: überarbeitete Fassung zum KJP, neues Merkblatt bpb) und Informationen an die Träger ein und machen so die Arbeit der Zentralstelle auch nach außen hin transparent. Gleichzeitig kann damit ein einheitlicher Bearbeitungsstandard nicht nur in der Zentralstelle sondern auch bei den Trägern gewährleistet werden.

Der „Sachbearbeitung aus einer Hand“ dient auch die neue Zuständigkeitsverteilung in der Sachbearbeitung. Nach der Eingangssachbearbeitung, die alle eingehenden Anträge, Nachweise und sonstigen Dokumente einer ersten Sichtprüfung unterzieht und auf die Einhaltung der Fristen achtet, sind die Sachbearbeitungen in den Förderprogrammen sowohl für die finanztechnische wie auch inhaltliche Überprüfung verantwortlich und setzen die Anforderungen aus der Abteilung Bildung um. Eine weitere Angleichung der Bearbeitungswege erzielten die Mitarbeitenden durch einen eigenen Klausurtag, bei dem die bestehenden Checklisten etc. nochmals intensiv überprüft wurden.

Wesentliches Instrument bei der Bearbeitung der Fördermaßnahmen ist die Kursdatenbank

Sachbearbeitung aus einer Hand

Optimierung der bundesweiten Zusammenarbeit im Blick

Links:
Dr. Alois Becker wurde für drei weitere Jahre zum AKSB-Vorsitzenden gewählt.

Rechts:
Scheidet als stellvertretender Vorsitzender aus:
P. Tobias Karcher SJ.



Teilnehmende der Verwaltungsfachtagung 2009 in der Akademie Klausenhof

KuBa, in die alle Projekte, Kurse etc. eingegeben werden. Insbesondere bei der Geltendmachung zusätzlichen Mittelbedarfes bei den Fördergebern, bei der abschließenden Mittelverteilung und bei Rückfragen zu Themen, Zielgruppen etc. bietet sie verlässliche und aktuelle Auskunft. Daneben können die Träger unter „AKSB-intern“ alle für die Zusammenarbeit mit der AKSB relevanten Informationen, Förderrichtlinien, Formulare, Merkblätter, Ausschreibungen, Protokolle etc. abrufen. Auch die Vorlagen aus der Verwaltungsfachtagung werden dort eingestellt.

Anforderungen an die Nachweisführung werden komplexer

Die Zusammenarbeit mit den Zuwendungsgebern gestaltet sich im Wesentlichen kooperativ und konstruktiv. Es ist jedoch deutlich zu spüren, dass in Zeiten knapper werdender Mittel die Prüfungsintensität zunimmt und der Praxis dienliche Ausnahmemöglichkeiten kaum mehr eingeräumt werden.

Im Rahmen einer vertieften bundesweiten Prüfung hat sich das Bundesverwaltungsamt (BVA) u.a. in der AKSB-Geschäftsstelle ein umfangreiches Bild über die Verwendung der Zuschüsse im Bereich KJP-Politische Bildung verschafft. Dabei wurde deutlich, dass die Anforderungen an die Nachweisführung komplexer werden. Dies wird im kommenden Jahr zu einigen Änderungen auch für die Träger führen. Diese sollen jedoch möglichst ressourcenschonend umgesetzt werden.

Die bpb räumt durch die Förderung von Seminarreihen und besonderen Projekten den Trägern der AKSB die Möglichkeit ein, auch außerhalb der klassischen Kurse der politischen Bildung neue Formen und Methoden auszuprobieren. Es scheint jedoch fraglich, ob dies im kommenden Jahr eine Fortsetzung findet. Für Kurse im Ausland wird die Förderung nur noch an den europäischen Orten Straßburg und Brüssel möglich sein. Erfreulich ist die Rückschau auf die mit einiger Sorge betrachteten „unangemeldeten“ Tagungsbetreuungen der bpb. Sie haben kaum zu Beanstandungen geführt, sondern im Gegenteil zur Veröffentlichung von Kurskonzepten auf der bpb-Internetseite im Bereich „Beispiele guter Praxis aus der Trägerarbeit“.

Bessere Zusammenarbeit mit dem DPJW

Ab dem 01.01.2010 wird die Zentralstelle auch als Serviceleistung die Sachbearbeitung für die bpb Förderung für die Einrichtungen der KBE übernehmen. Durch zahlreiche Gespräche mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) hat

sich die Zusammenarbeit im Berichtszeitraum deutlich verbessert. Zudem wurden die Förderquoten im schulischen Bereich von 50 % auf 55 % und im außerschulischen sogar von 55 % auf 65 % erhöht. Problematisch ist jedoch die Fördersituation im schulischen Austausch. Nach wie vor haben Bund und Länder dort keine Lösung gefunden, wie auch die deutschen Schülerinnen und Schüler einheitlich gefördert werden können. Zudem legt das DPJW nunmehr sehr strenge Kriterien an in der Abgrenzung zwischen schulischer und außerschulischer Begegnung. Dies hat dazu geführt, dass bereits ein Träger sein Engagement deutlich einschränkt, da die Förderung als schulische Maßnahme in einer Bildungsstätte nicht ausreichend ist. Es bleibt zu hoffen, dass die über das Modellprojekt Schule/Jugendhilfe – an dem auch einige Mitglieder der AKSB teilnehmen – gewonnenen Erkenntnisse zu pragmatischen Lösungen für die Träger führen.

Für das Jahr 2009 ist es gelungen, im Rahmen eines Gesamtprojektes die Aktivitäten der Mitglieder im entwicklungspolitischen Bereich zu bündeln. Das BMZ hatte eine deutlich erhöhte Förderung bewilligt. Auch für das kommende Jahr soll ein ähnlicher Projektantrag vorbereitet werden. Dazu ist es notwendig, die Kurse und Veranstaltungen noch besser aufeinander abzustimmen. Ein Projektantrag, der diese Aktivitäten durch gezielte Förderung weiterer Maßnahmen ergänzen sollte, war nicht erfolgreich.

Das Bundesamt für Statistik hat im Sommer 2009 das Förderverfahren im KJP Politische Bildung ausgewertet. Die einzelnen Bearbeitungsschritte wurden zeitlich aber auch qualitativ erfasst. Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse später auch zu der gewünschten Verwaltungsvereinfachung führen.

Insgesamt bleibt fest zu halten, dass die im Förderbereich zur Verfügung stehenden Mittel im 2009 wohl durch Nachanträge nicht erhöht werden können, da die Zuwendungsgeber selbst unter erheblichem finanziellen Druck stehen. Es bleibt abzuwarten, wie die neuen bundespolitisch Verantwortlichen ihre Schwerpunkte setzen werden. Gerade Träger ohne eine gesicherte Förderung durch staatliche oder kirchliche „Mitträger“ machen der Zentralstelle vermehrt deutlich, dass stagnierende oder gar sinkende Fördermittel deutliche Konsequenzen für den Bestand der Einrichtung haben können.

5.2.2 Grundaufgabe Dienstleistung: Information, Beratung, Erfahrungsaustausch, Verwaltungsfachtagung

Neben der zuwendungsrechtlichen Hilfestellung unterstützt die Zentralstelle die Mitglieder in Fragen von Finanzen, Personal, Organisation, rechtlichen Bedingungen und der allgemeinen Verwaltung. Wesentliche Themen waren im Berichtszeitraum die steuerrechtliche Behandlung von Bildungsangeboten (ein entsprechendes Gutachten zur Problematik der Margensteuer wurde in Auftrag gegeben), die Künstlersozialversicherung, Einzelfragen hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Arbeits- und Honorarvertrag oder in der Buchhaltung.

Diese Fragen wurden bei der in Kooperation mit der Akademie Klausenhof durchgeführten dreitägigen Verwaltungsfachtagung diskutiert. Vom 17. bis 19.06.2009 bot die Akademie Klausenhof für die Verwaltungsmitarbeiter/innen aus den Mitgliedseinrichtungen Möglichkeiten der kollegialen Beratung und des Erfahrungsaustausches und der intensiven Diskussion über allgemeine verwaltungspraktische Fragen und Besonderheiten aus dem Zuwendungsrecht. Ein Schwerpunkt lag zudem in einem Workshop zum Thema „Kommunikation“.

Ergänzend zu diesen Grundaufgaben konnten über den Projektreferenten der AKSB-Geschäftsstelle Anfragen nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten vor allem von nationalen Ausschreibungsverfahren untergebracht sowie in themenspezifischen Programmen von Organisationen oder Verbänden platziert werden.

Informationen zu kleineren Förderprogrammen halfen bei der Finanzierung von Begegnungen, Sach- oder Reisekosten weiter. Im Rahmen der Auswertung von zahlreichen Newslettern zu Bildungsthemen wurden Mitgliedseinrichtungen auf für sie interessante Termine und Veranstaltungen im Rahmen ihrer Angebote oder auf betreffende Internetseiten initiativ aufmerksam gemacht, sofern das Interessenspektrum der Geschäftsstelle bekannt war. Mitglieder wurden auf Nachfrage bei der Suche nach Kooperationspartnern für Projekte oder gemeinsame Veranstaltungen innerhalb der AKSB unterstützt. Für Seminarwünsche wurden (auch externe) Referenten vermittelt. Beim Monitoring von EU-Programmen wird mit dem Europabüro in Brüssel zusammengearbeitet. Für EU-Ausschreibungen, sogenannte Calls, werden

relevante Informationen bezüglich ihrer Förderkriterien aufbereitet und zusammengefasst und an diejenigen Mitglieder weitergeleitet, deren Interessen und thematische Vorstellungen dem Anforderungsprofil entsprechen.

5.2.3 Grundaufgabe: gesellschaftliche Präsenz und Lobbyarbeit

Die Idee der Arbeitsgemeinschaft besteht darin, die Anliegen der politischen Bildung gegenüber Politik, Exekutive und Fachöffentlichkeit bekannt zu machen und um Unterstützung zu werben. Im Hinblick auf die Fachöffentlichkeit arbeitet die AKSB deshalb mit einer Reihe von Organisationen zusammen und übernimmt Aufgaben und Mandate (vergleiche dazu auch 2.2 und den Anhang). Die fachliche Kompetenz, die dabei eingebracht werden kann, bringt auch eine Reihe von Anfragen und Verpflichtungen mit sich. So hat die AKSB derzeit durch den Geschäftsführer den stellvertretenden Vorsitz im Bundesausschuss für politische Bildung inne und seit zwei Jahren auch den Vorsitz von IJAB, der Fachstelle für internationale Arbeit der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommt seit mehr als 13 Jahren der Vorsitz des nationalen Beirats des EU-Aktionsprogramms Jugend in Aktion. Im Kontakt mit den für die AKSB-Arbeit zuständigen Stellen in Ministerien und Fachbehörden und kirchlichen Stellen werden regelmäßig aktuelle Entwicklungen der politischen Bildung erörtert und Perspektiven ausgelotet. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Routineaufgaben die mit kontinuierlichem Informationsaustausch und Abstimmungsgesprächen verbunden sind, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu gewährleisten. Neben den bekannten Partnern (vergleiche Anhang) wurden zu folgenden Stellen Kontakt aufgenommen: mit dem Abteilungsleiter „ältere Generation“ im BMFSFJ, Dieter Hackler, zur Frage der politischen Bildung mit Senioren, mit der Stiftung Aufarbeitung und mit dem Bundesnetzwerk bürgerschaftlichen Engagements (BBE).

Auf Ebene des Parlaments wurden intensive Kontakte zum parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hermann Kues im BMFSFJ, den kirchen- und jugendpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen sowie den Parlamentariern, die für Haushaltsfragen der politischen Bildung und das Kuratorium der bpb (Vorsitzender Ernst-Reinhard Beck, MdB) zuständig sind, gepflegt.

Intensive Kontaktpflege und Informationsaustausch: Garant für vertrauensvolle Zusammenarbeit

Kompetenzen der politischen Bildungsarbeit sichtbar machen

5.2.4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der AKSB

Ziele der AKSB-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die von Markus Schuck gewährleistet wird, sind zum einen die Information der Mitglieder und die Kommunikation innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, zum anderen die Schärfung des eigenen Profils gegenüber den Kooperationspartnern und in der Fachöffentlichkeit. Mit unterschiedlichen Mitteln der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konnte 2009 die Kompetenz der AKSB in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildungsarbeit sichtbar gemacht werden. Publikationen wie das AKSB-Jahrbuch, der AKSB-Inform, die AKSB-Infoblätter und Dossiers sowie didado-spezial haben einen Beitrag dazu geleistet, die Aufmerksamkeit für die AKSB-Bildungsarbeit nicht nur bei den Mitgliedern, sondern auch bei den Kooperationspartnern, Zuschussgebern und der Fachöffentlichkeit zu verbessern.

Abgeschlossen werden konnte – mit Ausnahme der Homepage – im Jahr 2009 die Umsetzung des neuen Corporate Designs der AKSB. Damit gelingt der AKSB nunmehr ein einheitlicher Auftritt bei Konferenzen und in der öffentlichen Kommunikation, der positive Rückmeldungen erzielt.

Unverändert groß ist das Interesse bei Kooperationspartnern und Mitgliedseinrichtungen, AKSB-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen von Marketing- und Werbekonzepten beratend zu konsultieren.

AKSB-Inform und AKSB-Infomail

Der AKSB-Inform dient zur Vermittlung von Informationen und zur fachlichen Diskussion unter den AKSB-Mitgliedseinrichtungen sowie zur Darstellung der (politischen) Bildung gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit. AKSB-Inform berichtet über die bundesweite Bildungsarbeit der AKSB, über die Aktivitäten der AKSB-Geschäftsstelle sowie eigene Tagungen und Veranstaltungen der Mitglied-

seinrichtungen. Ebenfalls aufgegriffen werden im AKSB-Inform aktuelle Fragen aus der politischen Bildung und Informationen zu finanziellen, förderrechtlichen und organisatorischen Fragen.

Der AKSB-Inform erscheint 2009 viermal im Jahr und hat mittlerweile eine Auflage von 700 Exemplaren. Die Publikation richtet sich an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die Fachöffentlichkeit, die Referenzwissenschaften, die Verantwortlichen in Kirche und Gesellschaft sowie an Entscheidungsträger in Ministerien und bei Zuschussgebern.

Besonders die vielfältige Bildungsarbeit der einzelnen Fachgruppen soll im AKSB-Inform sichtbar werden. Bei dieser Zielsetzung wird der AKSB-Pressereferent unterstützt von den Infrastrukturstelleninhaber/-in Öffentlichkeitsarbeit, die den einzelnen Fachgruppen zugeordnet sind. Diese gestalten jeweils zwei Seiten redaktionell mit Meldungen und Berichten aus der Fachgruppenarbeit. Die redaktionelle Jahresplanung und Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Pressereferenten. Einmal im Jahr findet ein Treffen statt, bei dem die Ergebnisse und Produkte kritisch betrachtet und besprochen werden. Ebenfalls erfolgen bei diesen Treffen langfristige redaktionelle Planungen.

Der AKSB-Inform hat sich in den vergangenen Jahren durch sein neues Layout und die inhaltliche Aktualität und Vielfalt zu einer wichtigen Informationsquelle über die AKSB-Mitglieder hinaus entwickelt. Das zeigt sich zum einen in dem ständigen Anstieg des Leserkreises sowie in dem Anwachsen des Autorennetzwerkes, das eine Beständigkeit in der Berichterstattung sichert. Zugenommen haben zudem Berichte über besonders gute Seminar-Beispiele aus der Praxis (gekennzeichnet durch „good practice“) und Berichte aus den Mitgliedseinrichtungen. Das zusätzliche AKSB-Infomail dient der inter-

nen elektronischen Kommunikation und der Verbreitung wichtiger Informationen in der AKSB. Es wurde 2009 nach Bedarf versandt.

AKSB-Jahrbuch

Im Juli 2009 ist beim Wochenschau Verlag das AKSB-Jahrbuch 2009/2010 „Politische Bildung für die Demokratie“ erschienen. Damit liegt in dieser Reihe die zweite Publikation vor, die in einem Rhythmus von zwei Jahren fortgesetzt werden soll. In den Beiträgen unter anderem von Norbert Lammert, Joachim Detjen, Ingo Juchler, Bernhard Sutor und Helmut Klages werden Grundlagen und konzeptionelle Ansätze vorgestellt, die deutlich machen, wie Staat und Gesellschaft mitgestaltet werden können und welche Rahmenbedingungen zu beachten sind. Das Jahrbuch bietet zudem Einschätzungen zur jüngsten deutschen Geschichte vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, zur Vollendung der deutschen Einheit und zu den Folgen der Globalisierung für die Arbeitsgesellschaft. Mit dem Jahrbuch wird ein Einblick in die konkrete Bildungsarbeit der katholischen Fachorganisation für politische Bildung, der AKSB, und ihrer Mitgliedseinrichtungen gegeben. Die Leistungen katholisch-sozial orientierter Bildungsarbeit werden so in ihren Trends für die Öffentlichkeit fassbar und transparent.

Bereits in Bearbeitung ist das Jahrbuch 2011/2012, das die AKSB-Diskussion um die Konvention bei der Jahrestagung 2008 dokumentieren und Ende 2010 erscheinen soll. Mit dieser neuen Publikation gelingt es der AKSB zunehmend, sich im Bereich der politischen Bildung zu positionieren.

AKSB-Homepage

Mit der AKSB-Homepage wird die katholisch-sozial orientierte politische Bildung der AKSB, ihre Arbeitsstruktur und Organisation online sichtbar. Kontinuierliche Berichterstattungen über Tagungen, Projekte und Kooperation gewährleisten einen aktuellen Einblick in die Bildungsarbeit der Arbeitsgemein-

schaft. Als online-Visitenkarte für die AKSB ist der umfangreiche Homepage-Bereich der AKSB unverzichtbar. Intensiv genutzt werden nicht nur die öffentlich zugänglichen Bereiche, sondern auch die geschlossenen Bereiche für die interne Kommunikation innerhalb der AKSB. Dennoch haben sich einzelne Problemfelder in den Bereichen „Benutzerfreundlichkeit“ und CMS-System ergeben. Bis zur AKSB-Mitgliederversammlung 2010 soll versucht werden, eine Optimierung der Internetseite zu erreichen.

Die AKSB-Homepage ist auch wichtige Plattform für die Präsentation der Arbeitsergebnisse der Fachgruppen. Im Bereich „AKSB im Trend“ sind für jede Fachgruppe eigene Bereiche angelegt, die von den/r jeweiligen Infrastrukturstelleninhabern/in ständig aktualisiert und redaktionell bearbeitet werden. Unterschiedliche Qualität und Quantität hat jedoch das Erscheinungsbild der einzelnen Web-Bereiche der Fachgruppen. Positiv ragt die Präsentation der Fachgruppe III heraus. Die beiden anderen Fachgruppen haben dies zum Anlass genommen, die Internetpräsentation ihrer Bildungsarbeit in den kommenden Monaten zu optimieren. Entsprechende Planungen in den Fachgruppen sind vorgelegt worden.

AKSB-Infoblätter und Dossiers

Die Geschäftsstelle hat mit der Herausgabe der sogenannten „AKSB-Infoblätter“ einen wichtigen Bezug von interner und externer Kommunikation zu den Tätigkeitsprofilen, Projekten und Seminarveranstaltungen in der AKSB hergestellt. Bisher erschienen sind Infoblätter zu den Themenfeldern „Senioren“, „Migration und Integration“, „Freiwilligendienst“, „Kooperation mit Bundeswehr und Militärseelsorge“, „SV-Arbeit“, „Historisch-politische Bildung“, „Politische Bildung im interreligiösen Kontext“ und „Internationale Zusammenarbeit“. Die Infoblätter finden bei den AKSB-Mitgliedern, aber auch bei Zuschussgebern

Homepage ist wichtige online-Visitenkarte der AKSB

Links:
Eine wichtige Informationsquelle in der AKSB ist der AKSB-Inform.



Rechts:
Das Corporate Design der AKSB



Neue AKSB-Publikationen: AKSB didado Spezial und AKSB-Jahrbuch 2009/2010

und Kooperationspartnern ein positives Echo. Offensichtlich gibt es einen großen Bedarf an einer solchen themenspezifischen Informationsquelle. Daher wird diese Reihe zu weiteren Themenbereichen fortgesetzt.

Die 2008 erstmals zu den Themenfeldern SV-Arbeit und Bezugswissenschaften politischer Bildung erschienenen Dossiers haben zum Ziel, didaktische Grundsätze der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung als Grundlage für die praktische Bildungsarbeit zu sichern. Die Dossiers werden aus dem Kreis der Infrastrukturstellen und der Mitgliedschaft erstellt. Diese Reihe sollte 2009 fortgesetzt werden. Doch konnte bisher kein weiteres Dossier fertiggestellt werden, da offensichtlich zeitliche Ressourcen fehlen. Vor der Fertigstellung befindet sich ein Dossier zum Interkulturellen Lernen. Um hier ein kontinuierliches Erscheinen dieser Publikation zu gewährleisten, soll die Publikationsform inhaltlich im AKSB-Jahrbuch verankert und fortgeführt werden.

AKSB didado spezial

„*didado spezial*“ zeigt **Methodenkompetenz der AKSB** Mit der 2009 neu ins Leben gerufenen Reihe „AKSB didado spezial“ will die AKSB Methoden zu einzelnen Themenfeldern präsentieren, die in der Bildungspraxis der Mitgliedseinrichtungen entwickelt und erfolgreich erprobt wurden. Das Methoden-Spezial soll zweimal im Jahr erscheinen und stellt jeweils drei Methoden vor. Die Methoden sollen einen konkreten Einstieg in die Themen erleichtern. Die erste Ausgabe zum Themenbereich „Wahlen“ fand eine gute Resonanz und Nachfrage.

>>> 6. Anlagen / Impressum

6.1 Vorstand der AKSB

Vorsitzender

Dr. Alois Becker, Akademie Klausenhof, Hamminkeln

Stv. Vorsitzender

P. Tobias Karcher SJ, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

Weitere Mitglieder (stimmberechtigt)

Bernward Bickmann, Franziskanisches Bildungswerk, Großkrotzenburg

Reinhold Jackels, Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen (bis zum 31. März 2008)

Alois Nock, Kifas gGmbH – KAB Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik, Waldmünchen

Benedikt Widmaier, Haus am Maiberg, Heppenheim (seit dem 26. November 2008)

Sabine Wißdorf, Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der deutschen Bischofskonferenz, Düsseldorf

Beratende Mitglieder

Sabine Schöbler, Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Heiner B. Lendermann, Kommissariat der katholischen Bischöfe Deutschlands, Berlin

Dr. Jakob Johannes Koch, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Lothar Harles, Geschäftsführer der AKSB

6.2 Geschäftsstelle der AKSB

Geschäftsführung:

Lothar Harles, Geschäftsführer

Sekretariat:

Hildegard Pieper, Monika Helbig (bis 30.06.09), Tanja Gauer (ab 01.06.09), Susanne Klabunde,

Johannes Kirnich (didado/Publikationen)

Sachgebiet Bildung:

Ulrike Leikhof (Leitung)

Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Markus Schuck (Referent)

Sachgebiet Projektakquisition:

Dr. Stefan Baumeister (Referent)

Sachgebiet Zuwendungen / Zentralstelle / innere Verwaltung,

Allgemeine Anfragen alle Förderbereiche:

Ute Stolz (Referentin)

Eingangssachbearbeitung alle Förderprogramme (Anträge und Nachweise):

Doris Ley

bpb (Bundeszentrale für politische Bildung):

Andrea Steffens (bis 31.03.09), Silvia Petermann (01.03. - 30.04.09), Nadine Brücken (ab 01.06.09)

DPJW (Deutsch-Polnisches Jugendwerk):

Aneta Franckiewicz (bis 31.01.09), Gregor Feindt (01.03. - 31.10.09), Ewa Berndt (ab 01.01.10)

KJP II.1 (Politische Bildung) und KJP II.7 (Arbeit mit behinderten Menschen):

Doris Jonas

KJP II.16. (Internationale Arbeit); BMZ (entwicklungspolitische Programme),

BMI (interreligiöser Dialog), BAMF (Migration), besondere Projekte:

Günther Kusniesz

Auszubildender

Maximilian Thieme

Zentralstelle für die Förderung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung

Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn
Tel.: 0228 - 2 89 29 30, Fax: 0228 - 2 89 29 57, info@aksb.de, www.aksb.de

Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Av. Tervuren 221, B-1150 Brüssel, Belgien, Tel.: (+32-2) 738 07 90, Fax: (+32-2) 738 07 95,
E-Mail: info@cathoyouthadult.org, Referentin: Simone Kaufhold (bis 31.12.09)

6.3 AKSB-Infrastrukturstellen 2009**Fachgruppe I - Das Politische***Leitung Erwachsenenbildung*

Benedikt Widmaier (bis 14.05.09), Haus am Maiberg, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim
Tel.: 06252 - 93 06 11, Fax: 06252 - 93 06 17, b.widmaier@haus-am-maiberg.de

Michael Götz (ab 15.05.09), Haus am Maiberg, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim,
Tel.: 06252 - 93 06 13, Fax: 06252 - 93 06 17, m.goetz@haus-am-maiberg.de

Leitung Jugendbildung

Carolin Auner, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, 90402 Nürnberg
Tel.: 0911 - 2 34 61 18, Fax: 0911 - 2 34 61 63, auner@cph-nuernberg.de

Didaktische Dokumentation

Kai Stenull (ab 01.02.09), Heinrich Pesch Haus, Frankenthaler Str. 229, 67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 - 5 99 91 53, Fax: 0621 - 51 72 25, stenull@hph.kirche.org

Öffentlichkeitsarbeit

Marica Zelenika, Franziskanisches Bildungswerk, Niederwaldstr. 1, 63538 Großkrotzenburg
Tel.: 06186 - 91 68 00, Fax: 06186 - 91 68 07, zelenika@fbw.kreuzburg.de

Fachgruppe II - Das Soziale*Leitung Erwachsenenbildung*

Detlef Herbers, Kommende Dortmund, Brackeler Hellweg 144, 44291 Dortmund
Tel.: 0231-2 06 05 46, Fax: 0231-2 06 05 80, herbers@kommende-dortmund.de

Leitung Jugendbildung

N. N.

Didaktische Dokumentation

Elisabeth Wagner (bis 31.08.09), Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ,
Schloßhof 1, 93449 Waldmünchen, Tel.: 09972 - 94 14 83, Fax: 09972 - 94 14 33,
elisabeth.wagner@jugendbildungsstaette.org

N.N. (ab 01.09.09)

Öffentlichkeitsarbeit

Andreas Gautier (ab 11.03.09), Ludwig Windthorst Haus, Gerhard-Kues-Str. 16, 49808 Lingen,
Tel.: 0591 - 6 10 21 49, Fax: 0591 - 6 10 21 35, gautier@lwh.de

Fachgruppe III - Das Gesellschaftliche*Leitung Erwachsenenbildung*

Bernhard Eder, Kifas, Hofgartenstr. 2, 93449 Waldmünchen
Tel.: 09972 - 94 14 60, Fax: 09972 - 94 14 65, bernhard.eder@kifas.org

Leitung Jugendbildung

Annette Lorke (bis 31.03.09), Franz-Hitze-Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
Tel.: 0251 - 9 81 84 30, Fax: 0251 - 9 81 84 80, lorke@bistum-muenster.de

Dr. Doris Katheder (ab 15.05.09), Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, 90402 Nürnberg,
Tel.: 0911 - 2 34 61 29, Fax: 0911 - 2 34 61 63, katheder@cph-nuernberg.de

Didaktische Dokumentation

Dr. Doris Katheder (bis 14.05.09), Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, 90402 Nürnberg,
Tel.: 0911 - 2 34 61 29, Fax: 0911 - 2 34 61 63, katheder@cph-nuernberg.de

Marco Düsterwald (ab 15.05.09), Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln-Dingden,
Tel.: 02852 - 89 11 53, Fax: 02852 - 89 33 00, duesterwald@akademie-klausenhof.de

Öffentlichkeitsarbeit

Bernhard Eder, Kifas, Hofgartenstr. 2, 93449 Waldmünchen
Tel.: 09972 - 94 14 60, Fax: 09972 - 94 14 65, bernhard.eder@kifas.org

6.4 Mitglieder der AKSB**Baden-Württemberg**

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart
Katholisch-Soziales Bildungswerk, Stuttgart
Katholisches Soziales Bildungswerk (KSB), Freiburg
Stefanus-Gemeinschaft e.V., Heiligkreuztal

Bayern

Arbeitnehmerbildungsstätte Benediktushöhe Retzbach e.V., Zellingen
Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus gGmbH, Nürnberg
Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ gGmbH, Waldmünchen
Jugendhaus Burg Feuerstein, Ebermannstadt
Katholische Akademie in Bayern, München
kifas GmbH – KAB Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik, Waldmünchen

Berlin

Katholische Akademie in Berlin e.V., Berlin
Internationale katholische Friedensbewegung pax christi. Deutsche Sektion, Berlin

Brandenburg

Heimbildungsstätte der Caritas Bad Saarow e.V., Bad Saarow

Hamburg

Katholische Akademie Hamburg, Hamburg

Hessen

Akademisches Zentrum Rabanus Maurus, Haus am Dom, Frankfurt/Main
Bonifatiushaus. Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, Fulda
Franziskanisches Bildungswerk e.V., Großkrotzenburg
Haus am Maiberg – Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Heppenheim

Niedersachsen

Haus Ohrbeck, Katholische Bildungsstätte und Heimvolkshochschule, Georgsmarienhütte
Jugendbildungsstätte Haus „Maria Frieden“, Wallenhorst-Rulle
Jugendbildungsstätte Marstall Clemenswerth, Sögel

Katholische Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
 Katholische Bildungsstätte St. Martin, Germershausen
 Ludwig-Windthorst-Haus. Katholisch-Soziale Akademie, Lingen
 Soziales Seminar der Diözese Osnabrück e.V., Georgsmarienhütte
 St. Jakobushaus, Akademie der Diözese Hildesheim, Goslar

Nordrhein-Westfalen

Akademie Klausenhof gGmbH, Hamminkeln-Dingden
 Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj), Düsseldorf
 Bildungsinstitut der arbeitenden Jugend Essen e.V., Essen
 Bischöfliche Akademie des Bistums Aachen, Aachen
 Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Düsseldorf
 Christliche Arbeiterjugend Deutschland e.V. (CAJ), Essen
 Christliches Bildungswerk DIE HEGGE e.V., Willebadessen-Niesen
 Katholischen Akademie DIE WOLFSBURG e.V., Mülheim/Ruhr
 Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen –
 Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus e.V., Oerlinghausen
 Jugendakademie Walberberg, Bornheim
 Jugendwerk für Internationale Zusammenarbeit e.V., Aachen
 Katholisch-Soziale Akademie FRANZ HITZE HAUS, Münster
 Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln (KSI), Bad Honnef
 Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Köln
 Katholische Landvolkshochschule Schorlemer Alst Freckenhorst, Warendorf
 Kolping-Bildungsstätte Soest - Gesellschaftspolitische Akademie, Soest
 Kolpingwerk Deutschland gGmbH, Köln
 Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, Dortmund
 Liborianum, Bildungsstätte des Erzbistums Paderborn, Paderborn
 Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und
 CAJ im Bistum Aachen e.V., Herzogenrath
 Soziales Seminar des Erzbistums Paderborn, Dortmund
 Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Bergisch-Gladbach

Rheinland-Pfalz

Haus Wasserburg, Pallottinische Jugendbildungs gGmbH, Vallendar
 Heinrich Pesch Haus, Bildungszentrum Ludwigshafen e.V., Ludwigshafen
 Katholische Akademie Trier, Trier

Saarland

Katholische Erwachsenenbildung im Kreis Saarlouis e.V., Dillingen

Sachsen

Initiative Christen für Europa e.V. (ICE), Dresden
 Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal, Ostritz

Thüringen

Jugend- und Erwachsenenbildungshaus „Marcel Callo“, Heilbad Heiligenstadt

Anmerkung:

Bundesweit tätige Einrichtungen sind dem jeweiligen Sitzungsland zugeordnet.

6.5 Termine der AKSB im Jahr 2009

13.01.2009	Referenten-Klausurtagung	Caritas-Akademie, Köln
26.01.2009	AKSB-SV-Projekt	Haus am Dom, Frankfurt/M.
29.-30.01.09	AKSB-Vorstandssitzung 1/2009	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
09.-10.02.09	Fachgruppe III - Das Gesellschaftliche	Katholische Akademie in Berlin
13.-14.02.09	Weiterbildungskonferenz deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch Süd	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
18.02.2009	Arbeitsbesprechung „Compassion“	Haus am Maiberg, Heppenheim
24.02.2009	Arbeitsgruppe „Konvention“	DB-Lounge, Frankfurt/M.
09.-10.03.09	Fachgruppe II - Das Soziale	Haus am Maiberg, Heppenheim
10.-11.03.09	Fachtagung „Arbeitsgesellschaft“	Haus am Maiberg, Heppenheim
11.-12.03.09	Strukturstellenkonferenz Didado	Haus am Maiberg, Heppenheim
11.-12.03.09	Stukturstellenkonferenz Öffentlichkeitsarbeit	Haus am Maiberg, Heppenheim
12.03.2009	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Maiberg, Heppenheim
19.-20.03.09	Fachgruppe I - Das Politische	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
20.-21.04.09	Kooperationskonferenz Internationale Jugendarbeit	Haus am Maiberg, Heppenheim
05.05.2009	Kooperationskonferenz Politische Erwachsenenbildung	Haus am Dom, Frankfurt/M.
07.05.2009	AKSB-Vorstandssitzung 2/2009	Haus am Dom, Frankfurt/M.
07.05.2009	Fachgruppenleitungskonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
15.-17.05.09	Kooperationstagung „Das Wunder des Mauerfalls und die Mühsal der Einigung“	Die Hegge, Willebadessen
17.-19.06.09	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof
29.06.2009	Arbeitsgruppe „Konvention“	DB-Lounge, Frankfurt/M.
07.07.2009	Informationsveranstaltung zum Lebenskundlichen Unterricht	Haus am Dom, Köln
22.07.2009	Klausurtagung Abteilung Zentralstelle	Jugendakademie Walberberg
27.08.2009	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
17.-18.09.09	AKSB-Vorstandssitzung 3/2009	Lassalle-Haus, Schönbrunn/CH
21.-22.09.09	Fachgruppe II - Das Soziale	Thomas-Morus-Akademie Bensberg
22.-23.09.09	Fachgruppe III - Das Gesellschaftliche	Thomas-Morus-Akademie Bensberg
29.09.2009	Fachgruppenleitungskonferenz-09-2	Haus am Dom
29.-30.09.09	Deutsch-Polnische Weiterbildungskonferenz DPJW	Katholische Akademie in Berlin
01.-02.10.09	Fachgruppe I - Das Politische	Heinrich Pesch Haus, Ludwigsh.
05.-06.10.09	Strukturstellenkonferenz Didado	Haus am Maiberg, Heppenheim
06.10.2009	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
09.-12.11.09	Fortbildung zum Lebenskundlichen Unterricht	Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte
22.-23.11.09	AKSB-Vorstandssitzung 4/2009	Bonifatiushaus, Fulda
23.-24.11.09	AKSB-Jahrestagung 2009	Bonifatiushaus, Fulda
24.-25.11.09	AKSB-Mitgliederversammlung 2009	Bonifatiushaus, Fulda
04.-05.12.09	Fachtagung „Tools Academy: Handy-Clips in der Politischen Bildung	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
10.12.2009	Kooperationskonferenz Politische Jugendbildung	Universitätsclub, Bonn

6.6 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB

Politische Bildung allgemein

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (M)

Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) (M)

Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland und Europa

Europäische Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA) (M)

IJAB - Fachstelle für internationale Jugendarbeit (M)

Rat der Weiterbildung (KAW) (M)

Staatliche und zwischenstaatliche Stellen

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Bundesministerium des Innern (BMI)

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

ConAct- deutsch-israelisches Koordinierungsbüro

Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

JUGEND in Aktion - Deutsche Agentur

Tandem - Fachstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch

Kirchliche Stellen, Einrichtungen und Zusammenschlüsse

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)

Bereich Pastoral, Glaube und Bildung, Kirche und Gesellschaft sowie Migration und Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz

Deutsche Kommission Justitia et Pax

Forum Hochschule und Kirche (FHOK) (M)

Jugendhaus Düsseldorf e.V.

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (M)

Katholische Bunesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (KJS)

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für berufliche Bildung (M)

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Katholisches Militärbischofsamt (KMBA)

Kommissariat der Deutschen Bischöfe / Katholisches Büro, Berlin

Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)

Leiterkreis der katholischen Akademien (Gast)

Misereor

Renovabis

Trägerkreis katholische Träger der Jugendhilfe (M)

Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)

Persönliche Mitgliedschaften in bundeszentralen Gremien der Jugendhilfe und

Erwachsenenbildung durch Wahl oder Berufung

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) - Runder Tisch (Geschäftsführer)

Bundesausschuss für politische Bildung (bap) (Geschäftsführer: Stellvertretender Vorsitzender)

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW), Arbeitskreis Richtlinien (Geschäftsführer)

IJAB (Geschäftsführer: Vorsitzender)

Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (stv. Vorsitz durch den AKSB-Vorsitzenden Dr. Becker)

Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) – Programmspezifische Arbeitsgruppe

Internationale Jugendarbeit

Nationaler Beirat für das EU Aktionsprogramms Jugend (Vorsitz) (Geschäftsführer)

6.6 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB

Kooperationspartner der AKSB in mittel- und osteuropäischen Ländern

Polen: Stowarzyszenie Chrześcijański Dziel Wychowania (SChDW, Verein christlicher Bildungswerke)

Ungarn: Katolikus Ifjúsági és Felnőttképzési Egyesület (KIFE, Verein Katholischer Jugend- und Erwachsenenbildung)

(M = Mitgliedschaft) (Stand Ende November 2009)

6.7 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2008/2009

BMFSFJ, Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)

Programm II.1: Politische Bildung

Programm II.7: Arbeit mit behinderten jungen Menschen

Programm II.16: Internationale Jugendarbeit

Tandem

Programm II.16: Internationale Jugendarbeit: deutsch-tschechischer Jugendaustausch

ConAct

Programm II.16: Internationale Jugendarbeit: deutsch-israelischer Jugendaustausch

Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)

Programm II. 16: Internationale Jugendarbeit: deutsch-russischer Jugendaustausch

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung und Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Kurse mit entwicklungspolitischer Thematik

Bundesministerium des Innern (BMI)

Förderung der jüdischen Gemeinschaft, der christlich-jüdischen Zusammenarbeit sowie des interreligiösen und interkulturellen Dialogs

Deutsch-Französisches Jugendwerk

Deutsch-französische Begegnungen und trilaterale Veranstaltungen

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)

Deutsch-polnische Begegnungen im Jugend- und Schüleraustausch; Fachkräftemaßnahmen

Renovabis

Veranstaltungen und Projekte mit MOE-Staaten (In der Regel Direktförderung)

Jugend für Europa

Begegnungen mit EU-Staaten und gleichgestellten europäischen Ländern, Begegnungen mit Dritt-Staaten; Aus- und Fortbildung (in der Regel Direktförderung)

6.8 Neue AKSB-Publikationen 2009

AKSB-Publikation beim Wochenschau Verlag

AKSB-Jahrbuch. Politische Bildung für die Demokratie

AKSB (Hrsg.), Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2009, ISBN: 978-3-89974477-4, 216 Seiten, 24,80 Euro

Eigene Publikationen der AKSB

AKSB-Infoblätter

AKSB-Infoblatt: Politische Bildung für Engagierte in der Schülervertretung

AKSB didado spezial

AKSB-didado spezial Nr. 1, Juni 2009: Yes you can! – Methoden zum Thema "Wahlen"

Alle eigenen Publikation der AKSB können kostenfrei bei Markus Schuck bestellt werden, schuck@aksb.de.

6.9 Impressum

Hrsg.: Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB-Inform Sondernummer 1/2009) Bonn, 09. November 2009

© 2009 Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53123 Bonn, Heilsbachstr. 6
Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Verantwortlich: Lothar Harles

Redaktion: Markus Schuck
Unter der Mitarbeit von: Carolin Auner, Dr. Stefan Baumeister, Bernhard Eder, Tanja Gauer, Michael Götz, Detlef Herbers, Ulrike Leikhof, Dr. Doris Katheder, Hildegard Pieper, Ute Stolz

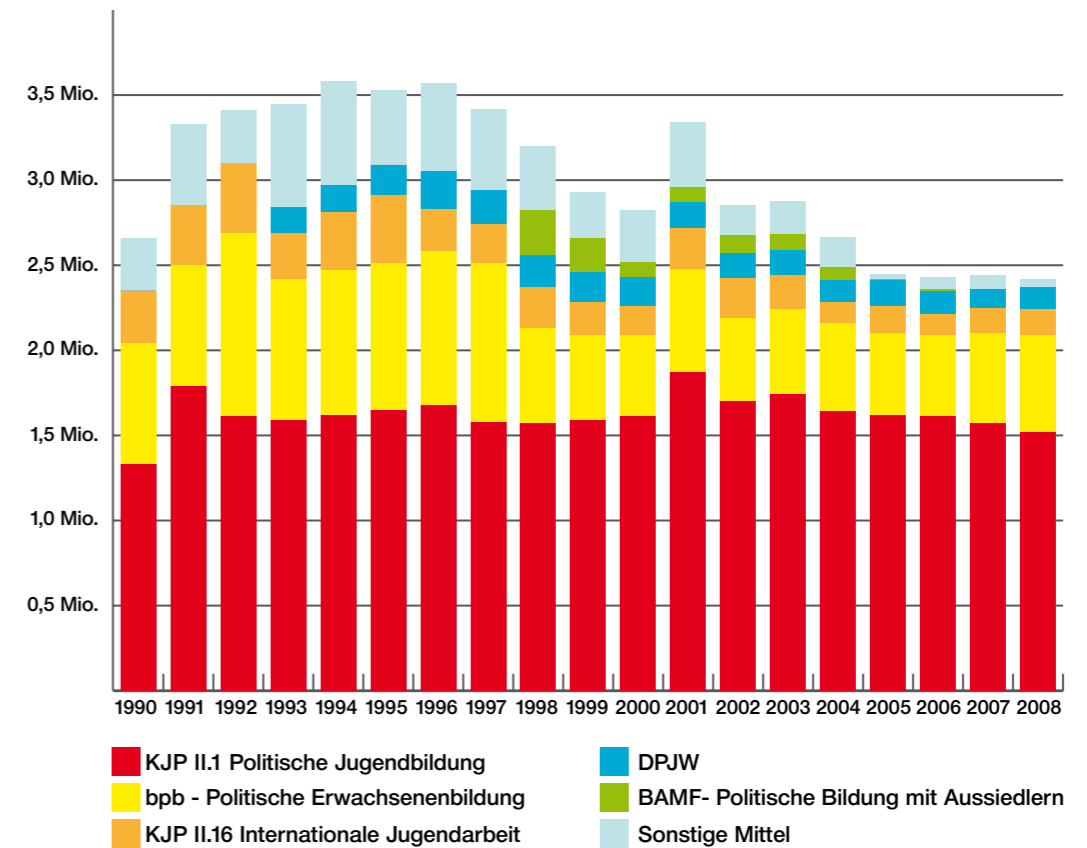
Satz und Gestaltung: GIPFELGOLD WERBEAGENTUR GMBH
Druck: DAS DRUCKHAUS Bernd Brümmer

6.10 Bildnachweis

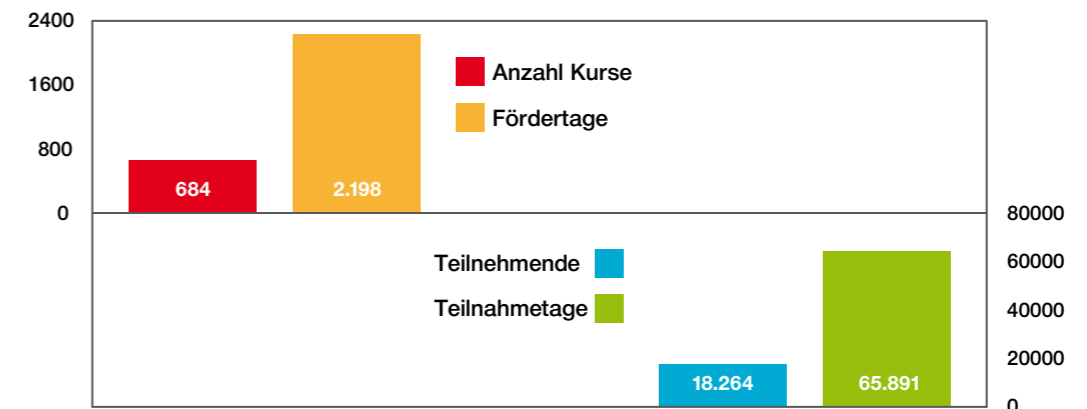
Titelbild (groß): Die AKSB-Konvention im Taschenbuchformat; kl. Bild li.: Pater Tobias Karcher SJ, Dr. Hermann-Josef Große Kracht, Podiumsdiskussion zur AKSB-Konvention bei der Jahrestagung 2008; kl. Bild m.: Teilnehmende der Europäische Jugendwochen des Franziskanischen Bildungswerks (FBW) und der Jugendbildungsstätte Waldmünchen; kl. Bild re.: SV-Arbeit in der AKSB.

Fotonachweis: Titelbild (groß), Titelbild kl. li. und re., S. 2, 5 re., 24, 28, 29, AKSB-Geschäftsstelle; S. 4, Bundesausschuss politische Bildung (bap); S. 5 li., Jugendbildungsstätte Waldmünchen; S. 8, Haus am Maiberg; S. 8, 13 li., 16 re., Franziskanisches Bildungswerk (FBW); S. 9, BDKJ, Misereor; S. 13 re., Franz Hitze Haus; S. 16 li., 17, St. Hedwigshaus; S. 20 li., European InfoNet; S. 20 re., BMI; S. 21, Kolpingwerk Deutschland; S. 25, Akademie Klausenhof.

6.11 Entwicklung der Fördermittel seit 1990



6.12 Kurse/Fördertage/Teilnehmende/Teilnahmetage - 2008



>>> Termine**Termine der AKSB in 2009**

22.-23.11.09	AKSB-Vorstandssitzung 4/2009	Bonifatiushaus, Fulda
23.-24.11.09	AKSB-Jahrestagung 2009	Bonifatiushaus, Fulda
24.-25.11.09	AKSB-Mitgliederversammlung 2009	Bonifatiushaus, Fulda
04.-05.12.09	Fachtagung „Tools Academy: Handy-Clips in der Politischen Bildung“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
10.12.2009	Kooperationskonferenz Politische Jugendbildung	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2010

14.01.2010	Referentenbesprechung	Caritas-Akademie, Köln
27.-28.01.10	AKSB-Vorstandssitzung 1/2010	Caritas-Akademie, Köln
12.-13.02.10	Deutsch-Polnische Weiterbildungskonferenz DPJW-Süd	Caritas-Pirckheimer-Haus, Nürnberg
22.02.2010	Strukturstellenkonferenz Didado	Franz Hitze Haus, Münster
22.02.2010	Strukturstellenkonferenz Öffentlichkeitsarbeit	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.02.10	Infrastrukturstellenkonferenz	Franz Hitze Haus, Münster
23.-24.02.10	Fachtagung „Neue Impulse, um Solidarität zu lernen“	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.10	Fachgruppe I - Das Politische	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.10	Fachgruppe II - Das Soziale	Franz Hitze Haus, Münster
24.-25.02.10	Fachgruppe III - Das Gesellschaftliche	Franz Hitze Haus, Münster
25.03.2010	AKSB-Vorstandssitzung 2/2010	Haus am Dom, Frankfurt/M.
19.-20.04.10	Kooperationskonferenz Internationale Jugendarbeit	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
04.05.2010	Kooperationskonferenz Politische Erwachsenenbildung	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.05.2010	AKSB-Vorstandssitzung 3/2010	Haus am Dom, Frankfurt/M.
09.-11.06.10	Verwaltungsfachtagung	Heimbildungsstätte der Caritas Bad Saarow
22.06.2010	Fachgruppenleitungskonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
02.09.2010	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifitius Haus, Fulda
20.-21.09.10	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Benediktushöhe, Retzbach
21.-22.09.10	AKSB-Vorstandssitzung 4/2010	
22.09.2010	Infrastrukturstellenkonferenz	Benediktushöhe, Retzbach
22.-23.09.10	Strukturstellenkonferenz Didado	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.10	Fachgruppe I - Das Politische	Benediktushöhe, Retzbach
23.-24.09.10	Fachgruppe II - Das Soziale	Benediktushöhe, Retzbach
30.09.-01.10.10	Deutsch-Polnische Weiterbildungskonferenz DPJW	Franz Hitze Haus, Münster
21.-22.11.10	AKSB-Vorstandssitzung 5/2010	Franz Hitze Haus, Münster
22.-23.11.10	AKSB-Jahrestagung 2010	Franz Hitze Haus, Münster
23.-24.11.10	AKSB-Mitgliederversammlung 2010	Franz Hitze Haus, Münster
09.12.2010	Kooperationskonferenz Politische Jugendbildung	Universitätsclub, Bonn